

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes  
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51,  
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind  
zunächst an den betr. Bezirksvorstand einzusenden.  
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei  
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden  
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post  
bezogen 3,-. Abt. Expedition und Druck von  
Joh. van den Kerkhof, Luth. Kirchstr. 66.  
Telefon-Nr. 1388.

Nr. 48. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 28. November 1908. Fernpredi-Nummer 423. 10. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

An unsere Mitglieder!

Am 1. April 1909 tritt bekanntlich das neue Beitrags- und Unterstützungsweisen nach den Beschlüssen der Augsburgener Generalversammlung in Kraft. Um den Verbandsmitgliedern den Eintritt in die höheren Beitragsklassen zu erleichtern, beschloß der Zentralvorstand u. a. folgende **Ubergangsbestimmungen**:

1) Für diejenigen Mitglieder, welche erst ab 1. April 1909 zu den neuen statutgemäßen Mindestbeitragsklassen überreten, kommt eine **Karenzzeit** nicht in Anrechnung, vielmehr gelten sofort die sämtlichen entsprechenden Unterstützungsätze nach dem neuen Statut.

2) Mitglieder, welche ab 1. April 1909 einer **höheren** als der Pflichtbeitragsklasse beitreten, haben ebenfalls die sonst übliche 26-wöchige Karenzzeit **nicht** zu bestehen, treten vielmehr gleich (1. April 1909) in ihre neuen Rechte ein.

3) Endlich sind diejenigen Mitglieder von der Karenzzeit befreit, welche **sofort**, d. h. vor dem Inkrafttreten des neuen Statuts am 1. April 1909 irgend einer **höheren** als der Pflichtbeitragsklasse beitreten. (Zweckmäßig erfolgt der Beitritt möglichst am 1. Januar 1909.) Diese Mitglieder haben **sofort** (bis zum 1. April 1909) Anrecht auf die **bisherigen höheren** Unterstützungen der neuen Klasse nach dem alten Statut.

4) Bei Uebertritten in höhere Klassen, welche erst nach dem Inkrafttreten des neuen Statuts erfolgen — vor dem 1. Juli 1909 wäre dies unstatthaft — kommt unter allen Umständen die statutgemäße Karenzzeit zur Anwendung.

Wir bitten die Ortsgruppenvorstände und Agitatoren, die Mitglieder auf diese Vergünstigungen aufmerksam zu machen.

Verbandskollegen und Kolleginnen! Macht Euch diese den Uebertritt erleichternden Bestimmungen zu Nuzen! Rechtzeitig hinein in die höheren Beitragsklassen!

Mit kollegialem Gruß!

Der Zentralvorstand:

J. A. C. M. Schiffer, Vorsitzender.

## Staat und Arbeitslosenfürsorge.

Wenn man den Arbeitslosen helfen will, dann gehört hierzu in erster Linie Beschaffung von Arbeit. Das Reich ist Arbeitgeber durch seine Post-, Militär-, Reichseisenbahn- und Marineverwaltung. Bei Vergabe dieser öffentlichen Arbeiten wird nicht bloß die Arbeitslosigkeit gefördert, sondern auch der Handwerker profitiert daraus. Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Lage einer Handwerker-Produktiv-Genossenschaft vorbringen, die sich an die Reichspostverwaltung wandte mit der Bitte, ihr die Anfertigung von Uniformen zu übertragen. Da wurde ihr mitgeteilt, daß die gefertigten Waren gewohnheitsgemäß erst nach längerer Zeit bezahlt würden. Da die Handwerker genossenschaft nicht so viel Geld zur Verfügung hatte, mußte sie auf den Auftrag verzichten. Die Reichspostverwaltung sollte durch eine andere Finanzabteilung es ermöglichen, daß auch Handwerker genossenschaften solche Arbeiten übernehmen könnten.

Ganz besonders müßte dafür gesorgt werden, daß in Zeiten der Krise in ländliche Arbeiter vor den ausländischen bevorzugt werden. Erst in jüngster Zeit hat man gesehen, daß die vom preussischen Landtag bewilligten Kanalarbeiten fast ausschließlich durch Ausländer ausgeführt wurden, während die deutschen Arbeiter zusehen mußten, wie Ausländer ihnen das Brot wegnehmen. Weiter muß darauf gehalten werden, daß bei Vergabe solcher Arbeiten entsprechend der vom Reichstag beschlossenen Resolution auch die Tarife eingehalten werden. Es würde also zunächst die dringende Bitte auszusprechen sein, daß die Reichsverwaltung alle durch den vorjährigen Etat bewilligten Mittel nun auch ausgibt und die betreffenden Arbeiten ausführen läßt unter Hinzuziehung einheimischer Arbeiter und Berücksichtigung des heimischen Gewerbes. Ein Notetat sollte die Möglichkeit bieten, daß diejenigen Raten von öffentlichen Bauten, die in nächsten Etat vorgezogen sind, vorweggenommen werden. Die Reichsregierung sollte Veranlassung nehmen, die einzelstaatlichen Regierungen zu bitten, nicht nur möglichst bald Arbeit zu schaffen, sondern mit denselben in Beratung zu treten, wie dies am besten geschehen könne.

Wehr noch als die Einzelstaaten können die Gemeinden tun durch Vergabe von Arbeiten. Wo immer sich die Gewerkschaften an die Stadtverwaltungen gewandt haben, z. B. in M. Gladbach, in Düsseldorf,

in Köln usw., haben die Städte erklart, daß sie schon von langer Hand her Notstandsarbeiten vorbereitet hätten. Es ist zu hoffen, daß bei diesen Notstandsarbeiten auch die tarifmäßigen Löhne gezahlt und die Arbeiter vor den Ausländern bevorzugt werden. In Köln hat man auch für die Notstandsarbeiten die Grundsätze in Gemeinschaft mit den Organisationen vereinbart und Löhne gezahlt, die immer noch als gute angesehen werden können. Vor allem wäre bei der herrschenden Arbeitsnot eine Aufgabe zu lösen durch die zahlreichen Wohlfahrtsvereine, die z. B. sich in größerer Zahl der Zentralstelle für Volkswohlfahrt angeschlossen haben, indem sie auf die Privaten dahin einwirken, daß nicht auch sie im gegenwärtigen kritischen Augenblick mit der Vergabe von Arbeiten zurückhalten, die in nächster Zeit vergeben werden. Es können z. B. in größerer Maße Wohnungen gebaut werden, für die ein Bedürfnis vorliegt.

Als weitere Aufgabe ist eine Arbeitslosen-zählung anzusehen. Städte und Regierungen können nicht daran gehen, Bauten usw. zu vergeben, wenn sie nicht ein klares Bild von der erwartenden Arbeitslosigkeit haben. Die Arbeitslosenzählung würde zugleich auch ein Prüfstein sein, ob unsere Wirtschaftspolitik richtig ist. Eine Arbeitslosenzählung würde von Bedeutung sein vor allem für die Lösung des Problems der Arbeitslosenversicherung, an die wir gerade jetzt erinnert werden. Die Maßnahmen, die zunächst getroffen werden müssen, wären also Beschaffung von Arbeit und möglichst klare Feststellung der Zahl der Arbeitslosen durch eine Arbeitslosenstatistik.

Die gegenwärtige Krise muß uns auch zum Anlaß dienen, für die Zukunft vorzubereiten und zwar zunächst dadurch, daß wir dem Ausbau des Arbeitsnachweises mehr Aufmerksamkeit zuwenden; dann ist der Arbeitsnachweis auch der Unterbau jeder Arbeitslosenversicherung. Nebenfalls kann aber nur in Betracht kommen der paritätische und gemeinnützige Arbeitsnachweis. Die Arbeitsnachweise müssen auch in kleinen Städten und auf dem Lande eingeführt werden. Dem Lande wird nicht geschadet, sondern nur genützt werden, wenn sich die Arbeitsnachweise auch auf das Land erstrecken. Der Arbeitsnachweis muß sodann zentralisiert werden für ganze Bezirke, für Bundesstaaten und möglichst auch für das Reich. Weiterhin ist für die Arbeitslosen Eisenbahnfahrpreismäßigung einzuführen.

Wenn wir vorbauen wollen, so können wir auch nicht vorübergehen an dem Problem der obligatorischen Arbeitslosenversicherung. Zunächst muß hier hohe Anerkennung gezollt werden dem Gewerkschaften, welche die Arbeitslosenversicherung eingeführt haben. Andererseits haben aber auch die Gemeinden durch die Verbindung mit den Arbeiterorganisationen ein Mittel gefunden, ihrerseits auch etwas zur Förderung der Arbeitslosenversicherung zu tun. Kommunale Zuschüsse für die gegen Arbeitslosigkeit in Gewerkschaften oder sonst in derartigen Organisationen versicherten organisierten Arbeiter. Unterstützung der nicht organisierten Arbeiter durch Notstandsarbeiten, Ausbau des Arbeitsnachweises, vor allem durch Anschluß an die Zentralisation des Arbeitsnachweises, das wären einige Mittel und Wege, hier zum Ziele zu kommen.

Zum Schluß würden wir uns auch die Frage vorlegen müssen, wie weit wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen mitwirken können. Ich habe schon eine gesunde Handelspolitik genannt, ich muß befügen eine gesunde Kartellpolitik. Ferner habe ich die dringende Notwendigkeit einer jährlichen durch das Reich zu veranstaltenden Arbeitslosenstatistik begründet. Wir müssen unsere Sozialpolitik nicht bloß in dem eigentlichen Arbeiter-schutz fortführen, sondern auch nach der Richtung, daß wir alles tun, was die Fortschritte der Arbeiterorganisationen und vor allem die Errichtung des höchsten Zieles derselben, den Abschluß von Tarifverträgen, irgendwie unterstützen kann. Auch Arbeitskammern würden uns große Dienste leisten, wenn wir in Zukunft die Arbeitslosenzählungen vorzunehmen hätten, vor allem aber, wenn Gemeinden, Staaten und Reich dazu übergehen, Notstandsarbeiten zu schaffen. Das Dringende aber bildet die Forderung des Augenblicks, nämlich sofortige Hilfe zur Beschaffung von Arbeit.

Unsere vielgerühmte Sozialpolitik darf nicht verfallen in den schwersten Stunden, die den deutschen Arbeiter treffen, in den Stunden der Arbeitslosigkeit. Wenn hier im Reichstag in großzügiger Weise Fürsorge getroffen wird, schon in aller nächster Zeit, so ist damit nicht nur ein tüchtiges Stück Sozialpolitik für die Arbeiter getan, sondern auch für unsere kleinen Gewerbetreibenden und für möglichst baldige Gewöhnung unserer industriellen Verhältnisse. Damit ist zu gleicher Zeit dem Wohle der ganzen Nation gedient.

## Zur Reform der Arbeiterversicherung.

Der Konferenz zur Beratung der Arbeiterversicherungreform, die am 23. Oktober u. unter Leitung des Staatssekretärs des Reichsantrags des Innern tagte, lagen bezgl. der Krankenversicherung Leitfäden vor, deren Kernpunkte folgende Fragen bildeten:

1. die Zentralisation der Krankenkassen;
2. die Selbstverwaltung derselben und Verteilung der Machtverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Versicherten;

3. der Instanzenzug in Streitigkeiten aus der Krankenversicherung.

Den Krankenkassen sind durch Gesetz eine ganze Anzahl Aufgaben vorbehalten worden, die über die fixierten gesetzlichen Mindestleistungen weit hinausgehen. Wir erinnern nur an das Recht, die Unterstützung auf Dreiviertel des Arbeitslohnes und die Unterstützungsdauer bis zu einem Jahre zu erhöhen; es kann Rekonvaleszenten- (Genesungs-) Unterstützung für ein weiteres Jahr und Ausbehnung der Hilfe für die im Krankenhaus befindlichen Versicherten und deren Angehörigen eingeführt, Genesungsheime und Heilstätten können errichtet werden u. dergl. mehr. Die übergroße Anzahl der bestehenden 23 000 Kasseneinrichtungen kann aber an die Verwirklichung der gezeichneten Aufgaben abfolgt nicht denken, ja mancher Klasse wird es schwer, bei den höchsten Beiträgen die gesetzlichen Mindestleistungen zu erfüllen. Das liegt an der außerordentlichen Verschwendung des Kasseneiwesens. Die 50 und 100 Mann-Kassen können doch unanständig leistungs-fähig sein, einfach deshalb nicht, weil das Versicherungsrisiko auf zu wenig Schultern verteilt ist.

Die Mehrleistungen sind aber doch deshalb durch das Gesetz zugelassen, damit sie durchgeführt werden. Steht dem aber die Verschwendung der Krankenkassen im Wege, dann müssen eben große, leistungs-fähige Kassen geschaffen werden. Die Lösung heißt also: Zentralisation. Diese denken wir uns so, daß etwa für den Bezirk einer preussischen unteren Verwaltungsbehörde (Städte über 10 000 Einwohner und Landratskreise) eine Krankenkasse eingerichtet wird, mit den notwendig werdenden Zahlstellen. Das wird allerdings noch harte Kämpfe kosten. Innungs-sowohl wie Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen werden die interessierten Unternehmer mit aller Gewalt zu halten suchen. Doch ist dafür auch nicht ein durch-schlagender Grund gegeben. Wenn hier und da die Fabrikklassen günstiger abfinden wie die Orts-krankenkassen, so liegt das ganz einfach darin, daß viele Betriebsunternehmer mit eigenen Kassen all-folche Elemente aus ihren Betrieben und somit der Betriebskasse fernhalten, die schwächlich sind oder ein bestimmtes Alter überschritten haben. Diese finden dann schließlich in solchen Betrieben Unterkunft, die der Ortskasse angeschlossen sind und vermehren dann deren Versicherungsrisiko. Beweise dafür sind unzählige gegeben.

Der freikonservative Abgeordnete v. Camp hat im Februar oder März d. J. in einer Reichstagsrede auch bereits die kleinen Fabrikklassen preisgegeben, er will aber den großen Betrieben das Recht, eigene Kassen zu gründen, erhalten wissen. Von einem christlichen Arbeitervertreter ist ihm von derselben Stelle gleich erwidert worden, für solche Wünsche des Herrn v. Camp müßten Gründe, und zwar durchschlagende Gründe vorgebracht werden. Das unterließ Herr v. Camp allerdings.

Und die Innungskassen! Sie lediglich des künst-lerischen Gedankens halber zu halten, wäre doch vollkommener Unsinn, zumal von besonderer Leistungs-fähigkeit derselben erst gar nicht geredet werden kann. Daß die Gemeindefrankenversicherung, die ja so wie so als nur vorübergehende Organisationsform ge-dacht war, fallen muß, darüber ist man sich einig. Selbstverständlich werden bei einer Zentralisation der Krankenkassen die freien Hilfsklassen nicht mehr als Ersatz der Zwangs-kassen zugelassen werden können. Als Zuschußklassen mögen sie bestehen bleiben.

Nicht unbekannt sind ja die Pläne, unter Hal-bierung der Kasseneinträge die Organe der Kassen (Vorstand und Generalversammlung) zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Versicherten zusammen-zusetzen, die zwei Drittel Majorität der letzteren also zu beizugehen und den beizugehenden Vertretern der Kassen einen sogenannten unparteiischen Vorsitzenden zu geben. Mit dem Hinweis auf die sozialdemokratische Herrschaft wird das begründet. Wenn wir auch nicht verkennen wollen, daß leider zu oft von den Genossen die Krankenkassen etwas mißbraucht worden sind, so doch im entferntesten nicht dermaßen, wie das die Scharfmacher zu be-haupten belieben. Man führe obligatorische Ver-hältniswahl ein, und dann haben es die nichtsozial-demokratischen Vertreter in der Hand, sich durch Wahl ihrer Vertrauensmänner in Vorstand und Generalversammlung der Klasse eine Gelegenheit zur Kontrolle zu verschaffen. Vor dem Lichte der breitesten Öffentlichkeit werden sich die Genossen schon hüten, ihren Kreaturen Einreden zu verschaffen. Dann muß aber auch im Interesse der Wahrheit be-kannt werden, daß die von den Genossen geleiteten Krankenkassen immer noch ungleich mehr Verteidigung erweisen, als die einseitig von den Unternehmern geleiteten Unfall-Vereinsgenossenschaften. Will man das bestricken, dann soll es bei der Beratung der neuen Versicherungsgeetze im Reichstage an Ma-terial in dieser Hinsicht nicht fehlen. Gerecht hat es uns, daß selbst der Scharfmacher Wend, der seinerzeit die Aussperrung der Arbeiter nach dem A.-V.-Vorschlag, auf der Konferenz am 23. Oktober sich entschieden als Gegner eines Bureaurentrates als un-parteiischen Vorsitzenden der Krankenkasse ausge-sprochen hat — so berichtet wenigstens die deutsche Krankenkassenzeitung vom 1. November d. J. Es sollen sich auch auf der genannten Konferenz nach derselben Zeitung fast alle Arbeitgeber (mit Aus-nahme einiger Scharfmacher) für die Beibehaltung der 2/3 Majorität der Versicherten in den Organen der Krankenkassen ausgesprochen haben.

In der Arbeiterzeitung ist man sich einig in der Beibehaltung der 2/3 Majorität der Versicherten und

der Ablehnung des „Unparteiischen“. Und das ist gut so. Denn bei keiner Versicherung kommt es so sehr auf die Initiative der Beteiligten an, wie bei den Krankenkassen. Von den Beteiligten erst kann denselben die wahre Bedeutung gegeben werden.

Reicht noch unsere Meinungsäußerung den ge-dachten Instanzenzug übrig. Daß hier eine grund-sätzliche Wenderung platzgreifen muß, ist öffentliche Meinung. Gegenwärtig sind die Streitigkeiten über Unterstützungsansprüche aus der Krankenversicherung entweder auf dem Beschwerdebewege bei der Auf-sichtsbehörde und Klage beim Amts- und Land-gerichte oder im Verwaltungsstreitverfahren zu verfolgen. Abgesehen von der unverständlichen Ziel-gehaltigkeit fehlen diesem Rechtsverfahren die Haupterfordernisse: Schnelligkeit, Billigkeit und Vollständigkeit. In der Nr. 6 der „Westf. Ar-beiterzeitung“ vom 8. Februar d. J. werden die Vor-schläge des Volksbureausekretärs Dieck zu M.-Gladbach, eines hervorragenden Kenners unseres Arbeiterversicherungswesens, bezüglich des Instanzen-zuges wiedergegeben. Herr Dieck meint:

Bei einer Zentralisation der Krankenversicherung wird es nicht schwierig sein, eine Schlichtungs-Kommission anzuschließen, welche alle Streitfälle zu unter-suchen und nach mündlicher Verhandlung binnen kürzester Frist zu entscheiden hat. Gegen die Entscheidung der Kommission wäre Berufung an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zugelassen, welches dadurch auch nicht unwesentlich an Bedeutung und innerem Gehalt gewinnen würde. Als letztes Rechtsmittel muß Revision zum Reichsversicherungsamt gegeben werden, damit die Rechtsprechung eine sichere und einheitliche bleibt.

Ganz einverstanden, wenn an Stelle der Schlichtungs-Kommission das in voriger Nummer der Textilarbeiter-Zeitung besprochene Versicherungsamt tritt. Nach-dem dessen Einrichtung so ziemlich sicher ist, wird auch Herr Dieck sich sicherlich mit dieser Anfor-derung einverstanden erklären. Und da ja die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung in Obergerichtungsämtern umgewandelt werden sollen, so wäre auch diese Wenderung vorzunehmen. Somit wäre denn für die gesamte Arbeiterversicherung ein einheitlicher In-stanzenzug in Rechtsfragen gegeben. Den Ver-sicherungsämtern wären u. E. auch all jene Befug-nisse zuzuteilen, die die Aufsichtsbehörden (Bürger-meister u.) heute gegenüber den Krankenkassen haben, denen als weitere Instanz Obergerichtungs- und Reichsversicherungsamt zu folgen hätten.

## Gedanken- und Theorien über Handels- und Wirtschaftskrisen.

Es herrscht! Die Ernte ist eingebracht, Acker und Wiesen ihrer Früchte und ihres Schmuckes beraubt. Bäume und Sträucher entlauben sich und die Tage werden kürzer und kürzer. Der Sonne Schein und Wärme wird spärlicher und nimmt ab. Der Winter naht mit Eile!

Gleich dieser alljährlichen Veränderung im Leben der Natur vollzieht sich zeitweise eine Wenderung im Wirtschafts-leben. Mit der Einkehr des Winters tritt bei einer Reihe von Berufen Geschäftsstille ein. Die Arbeitslosigkeit verringert sich und viele sonst tätige und gesunde Arbeiter werden arbeits- und hilflos. Es kommen für diese Zeit hauptsächlich in Betracht die landwirtschaftlichen Arbeiter und jene in den Baugewerken. Bei der letzten Arbeits-lose n zählung am 2. Dezember 1895 wurden in Land-wirtschaft und Gärtnerei 158 340 arbeitsfähige Arbeitslose gezählt; im Baugewerbe 145 121; in der Berufsgruppe: Industrie der Steine und Erden 20615, im Bergbau 11 603; bei der Berufsgruppe: Ledergerbung und Er-quidung 11 838 Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit in den genannten Berufsgruppen ist alljährlich während des Winters eine mehr beschränkte und die in diesen Berufen tätigen Arbeiter haben mit wiederkehrender Arbeitslosigkeit zu rechnen. Das gleiche Schicksal mit den im Voraus genannten Berufsgruppen teilen die übrigen Saison-arbeiter, wie z. B. Konfektionsarbeiter, Schneider, Schrift-seher, nur mit dem Unterschiede, daß der Zeitpunkt der Arbeitslosigkeit ein anderer ist.

Nieht man in Betracht, daß die Arbeitslosigkeit des einzelnen Arbeiters oft länger als 4 Wochen dauert (am 2. Dezember 1895 wurden 171 861 arbeitsfähige Arbeitslose gezählt, die über 4 Wochen, bis zu 13 Wochen, arbeitslos waren), so kann man ermaßen, wie schwer das Gescheh-nis der Arbeitslosigkeit und diese selbst auf dem Arbeiter-stande lastet.

Gewiß, die winterliche Arbeitslosigkeit trifft nur einen Teil der Arbeiterschaft, der zudem im vornherein damit rechnen kann und mit der Wahrscheinlichkeit kommen-der Arbeitslosigkeit zu rechnen hat; sie ergibt sich aus der Natur des Berufes oder aus den Witterungsverhältnissen. Der Saisonarbeiter, der Bauhandwerker, der Bauunternehmer, er weiß, daß zu gewissen Zeiten des Jahres Geschäftsstille eintritt. Er kann damit rechnen, vielleicht auch das damit verbundene Risiko bei der Festsetzung des Preises oder Arbeitslohnes in Ansatz bringen. In der vom reichsstatistischen Amt 1906 dem Reichstag vorgelegten Denkschrift, betreffend die Arbeits-loseversicherung heißt es diesbezüglich auf Seite 366: „Für die in solchen Berufen tätigen Personen ist die winterliche Arbeitslosigkeit nichts Aussergewöhnliches, viel-mehr haben sie mit derselben als einer normalen Ein-richtung schon zuzeit ihrer Beschäftigung zu rechnen und entsprechende Vorsorge für die kommenden arbeitslosen Tage zu treffen, was sie um so leichter tun können, da die sogenannten Saisonarbeiter auch höher entlohnt werden als andere Arbeiter.“

Es ist zweifellos richtig, daß für einen Teil der hier in Betracht kommenden Arbeiter das vorher Gesagte zutrifft; daß dann, wenn die Ausgaben für die Lebens-haltung unter Berücksichtigung des Gesamtinkommens bemessen werden, die Geschäftsstille und die Arbeitslosigkeit unüberwinden werden kann. Viele Hunderte aber kommen bei Arbeitslosigkeit in eine jämmerliche Lage, weil der vom reichsstatistischen Amt in der Beizugszettel

Denkschrift aufgestellte Maß nicht in allemweg zutrifft. Die Forderung für unversicherte Arbeitslose ist also auch in dieser Hinsicht noch ein Problem, das zu lösen Gewerkschaften, Gemeinden und Staat sich anzuwenden haben sollten.

Die vorbenannte Aufgabe ist nicht so schwer, daß sie nicht erfüllt werden könnte. Sankt es sich doch lediglich darum, die Schäden abzumildern, von welchen ein Bruchteil der Arbeiter fast regelmäßig betroffen wird. Schwieriger ist es, gegen die durch unregelmäßig eintretende

**Wirtschaftskrisen**

herbeigerufene Arbeitslosigkeit anzukämpfen. Dabei werden in der Regel größere Arbeitermassen auf unbestimmte Dauer in Mittelstandsgeschäften gezogen und geschädigt. Durchgreifende Hilfsmittel und Einrichtungen zur Abwendung dieser Krisen-Schäden sind auch schwer zu beschaffen. Das Einfachste wäre, die Handels- und Wirtschaftskrisen zu verhindern, und so die belagerten Folgeerscheinungen zu beseitigen. Die Vermeidung der periodischen Handels- und Wirtschaftskrisen ist aber das Schwierigste unter allen sozialen Problemen, welche die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrhunderte begleitet hat.

Wirtschaftskrisen sind nämlich eine relativ neue Erscheinung. Eigentliche Wirtschaftskrisen kannte man früher nicht; es gab nur Krisen bei Mißwachs oder bei Kriegen. Der moderne Industrielismus und der durch die modernen Verkehrsmittel hervorgerufene Weltverkehr im heutigen Umfang waren früher unbekannt. Das Gewerbe lieferte für den lokalen Markt, der leicht zu übersehen war. Zudem regelten die Märkte die Produktion. In der Abhandlung: „Das deutsche Handwerk in seiner kulturgeschichtlichen Entwicklung“ sagt Dr. E. Otto: „Die gewerbliche Gewerbepolitik ist von sozialem Geiste getragen. Der Gedanke der Gewerbefreiheit, der freien Konkurrenz ist ihr fremd. Sie sucht vor allem ein Uebergebot des Kapitals zu verhindern, indem sie den Genossen zwingt, nur eigene, b. h. aus seiner Werkstatt hervorgegangene Erzeugnisse zu verkaufen. — Nicht nur die Zahl der Geschäfte, in manchen Fällen wird sogar ein gewisser Höchstbetrag der Gütererzeugung für eine gewisse Zeit festgelegt. Die Dauer der Arbeitszeit wird durch die Kunst bestimmt. Gewisse Rohstoffe wurden von der Kunst angetrieben und zu gleichen Preisen nach Bedarf unter die Genossen verteilt. Man will dadurch verhindern, daß der wohlhabendere Meister durch den Einkauf größerer Vorräte geringere Einkaufspreise erzielt als der Ärmere.“

Prof. Werner Sombart legt in seinem Buche: „Der moderne Kapitalismus“, ebenfalls dar, wie der Stand der ökonomischen Technik die Entstehung des Handwerks im Mittelalter sicherte. Ein gewisser Zustand der gewerblichen, sowie der Transporttechnik sicherte den Bezug der Produktionsmittel zu billigen Preisen, sowie auch den Absatz, weil „zwischen Nachfrage und Angebot ein festes Gleichgewicht oder ein Mißverhältnis derart besteht, daß die Nachfrage dem Angebot voraussetzt.“ Für den gesicherten Absatz sorgte außerdem der Umstand, daß die Nachfrage qualitativ langsam wuchs und die Kaufkraft eines Gegenstandes des Mittelalters an Wohlhabenheit zunehmender Dauerhandstände wuchs.

Im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts fanden andere wirtschaftliche Theorien Eingang und Durchführung, als wie sie bisher Geltung hatten. Entsprechend dem damals bestehenden städtischen Absolutismus wurde von Staatsmännern, zunächst von Colbert in Frankreich, der sogenannte Merkantilismus entwickelt. Dieser verlangte die lokale und landwirtschaftliche Wirtschaftspolitik durch eine staatliche und nationale zu ersetzen. Die gewerblichen Organisationen wurden unterdrückt und das Wirtschaftswesen von oben herab zu regulieren versucht. Die Gewerbebetriebe kamen unter staatliche Vormundschaft. Auch Staatsfabriken wurden errichtet, um die Produktion des Merkantilismus zu fördern. Die Regulierung des Wirtschaftswesens wusch dieses durch den Staat, die Eingetrigkeit und die Mängel dieses Wirtschaftssystems mit seiner Unfreiheit tiefen eine scharfe Gegenkraft und Gegenbewegung hervor. Professor Enzo Pronta behandelt in seiner Studie beim Institute des Directorats der Universität München 1901 dieses System wie folgt: „Als das Merkantilismus im Wirtschaftswesen Anwendung fand, gewann die Herstellung Geltung, als ob es lediglich von dem Wollen und der Klugheit der Herrschenden, von den Institutionen und Gesetzen, die sie ins Leben riefen, abhängt, um jedesmal gewisse wirtschaftliche Ziele zu erreichen. Das war ein verhängnisvoller Irrtum.“

Da seine Stelle trat dann, mitverantwortlich durch die Theorien ihres Vorkämpfers, Adam Smith, die individualistische Wirtschaftspolitik. Diese brachte die sogenannte „wirtschaftliche Freiheit“. Jeder kann nun produzieren, was er will, soviel er will, wie er will und wo er will, ganz anders, als im Mittelalter, wo alles geregelt war. Die Begründung dieser Wirtschaftspolitik nahmen an, Produktion und Konsumtion wüchsen sich ganz von selbst im Gleichgewicht halten, wenn nur wirtschaftliche Freiheit herrsche. Aber es zeigte sich bald, daß diese Freiheit zur völlig plan- und ziellosen

Produktion und deshalb zu schweren wirtschaftlichen Krisen führte. Dem Anfangs, namentlich in England eintretenden Ausschüßungen von Handel und Verkehr folgte nämlich bereits im Jahre 1818/19 der erste Crash, eine Wirtschaftskrise. Mit einer gewissen Regelmäßigkeit folgten weitere Krisen: 1825/26, 1837, 1847, 1857; jedoch eine der schwersten 1873, die eine fast 8 Jahre währende wirtschaftliche Depression im Gefolge hatte. Auch die Zeit von 1892 bis 1897 war gefährlich. 1893 ist wieder ein Krisenjahr im europäischen Wirtschaftswesen, ebenso die Jahre 1900/01. Seitdem war wieder eine Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs, der nun, seit 1907, eine solche wirtschaftlichen Niedergang gefolgt ist.

Unter dem Einbrüche der früheren Wirtschaft- und Handelskrisen erkund die

**sozialistische Theorie**

vom Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise und Gesellschaftsordnung. War doch, wie schon angedeutet, die wirtschaftliche Entwicklung in den ersten 50 Jahren des Maschinenalters für viele wirtschaftliche Erscheinungen mauernd und räumlich. Hunderte und Tausende verloren ihre Selbständigkeit. Die Konzentration der Vermögen begann. Die Verwendung technischer Hilfsmittel in der Produktion bestimmte den wirtschaftlichen Charakter und setzte die alten Betriebsformen außer Kurs. Das war für Karl Marx Veranlassung zur Aufstellung seiner Theorie von der „industriellen Revolution“. Er ging von dem Standpunkte aus, daß durch die Einführung der Maschinen und Weiterbildung der technischen Einrichtungen die Arbeit ansgiebiger und deshalb viele Arbeiter überflüssig würden. Die Zahl der Proletarier werde immer mehr wachsen und das Elend immer größer werden. Bei eintretender Krise kämen dann weitere Arbeitermassen beschäftigungslos auf das Pflaster und es werde die soziale Revolution eintreten. In dem Krisenjahr 1847/48 erklärte Karl Marx: „Ein Welpe geht um in Europa — das Welpe des Kommunismus.“ Und Engels prophezeite für das Jahr 1853 mit dem Eintritte einer neuen Krise den Ausbruch der Revolution.

In das Programm der sozialdemokratischen Partei wurde das Wesentliche der Marx'schen Auffassung übernommen. Das Erfurter Programm vom Jahre 1891 lag daher: „Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktionskräfte der heutigen Gesellschaft über den Produktionsmitteln, die das Privateigentum an Produktionen mittels unrentbar geworden ist mit deren zweckentfremdenden Anwendung und voller Entwertung.“

Dieses Programm basiert auf alten Anschauungen. Nach den vorliegenden Tatsachen glaubten selbst Sozialisten, so Bernstein u. a. nicht mehr daran, daß die Vermögensunterschiede immer größer werden, die Bevölkerungszahl und Katastrophentheorie richtig ist. Der verstorbenen Abg. Jgn. Auer sprach bereits 1898 in einer Versammlung in Berlin aus, daß die Katastrophentheorie zum großen Teil auf Prophezeiungen beruhe. Er fügte dem bei: „Die schlechte Erfahrungen wir aber gerade in der Politik mit Prophezeiungen gemacht haben, davon kann sich jeder überzeugen. Wer erinnert sich nicht an die Prophezeiung, daß in diesem Jahre der große Kladderadatsch eintreten sollte, der aber noch nicht eingetreten ist. Gleichzeitig bekannte Auer, daß die Einleitungstheorie des Erfurter Programms nicht bestehen können, wenn wir die Elendstheorie, wie sie bisher von uns vertreten wurde, aufgeben.“ Und sie kann als aufgegeben!

Der frühere Reichstagsabgeordnete Edmund Fischer schrieb später in der (10.) „Neuen Gesellschaft“: „Zweifellos ist in allen Bezirken der Lohn wesentlich gestiegen und die Arbeitszeit allgemein verkürzt worden, so daß nur noch eine kleine Zahl von gewerblichen Arbeitern mehr als zehn Stunden arbeitet. Gewiß, es sind auch die Wohnungsverhältnisse gestiegen; aber dafür wohnt auch der Arbeiter heute besser als früher. Auch die Lebensmittel sind teurer geworden, dafür aber Industrieprodukte billiger. Die Verbrauchsgegenstände für den Haushalt sind heute besonders billig. Kurz, eine Lebenshaltung haben sich die Arbeiter mit ihren Organisationen erkämpft, die trotz der gesteigerten Lebensmittelpreise und höheren Wohnungsverhältnisse eine bessere ist, als sie früher war.“

Ein Beweis für das von Fischer gelegte wurde im Vorjahre, in Nr. 12 der „Neuen Gesellschaft“ wieder geliefert, durch eine Lohnstatistik. Nach derselben sind in einer größeren Zahl von Berufsgruppen die Löhne von 1894 bis 1906 teilweise ganz erheblich gestiegen. So wird z. B. dort angegeben, daß der Durchschnittslohn der bei der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Fabrikationsgesellschaft beschäftigten Arbeiter von 832 M. auf 1170 M. in die Höhe ging; in der Lederindustrie von 803 auf 974 M. usw.

Das Aufsteigen der Arbeiterlöhne von England hat ganz von selbst im Gleichgewicht halten, wenn nur wirtschaftliche Freiheit herrsche. In einem Artikel der „Rühm. Post“ v. 15. Nov. 1896 über den

Sozialismus in den Vereinigten Staaten ist „die vergleichsweise befriedigende ökonomische Lage des amerikanischen Arbeiters“ als Grund für das Nichtempfinden eines Bedürfnisses nach sozialistischen Wirtschaft- und Gesellschaftsformen angegeben. In dem kürzlich erschienenen Buche des Dr. Hermann Büchel: „Die Finanzkrisen Japans“, w. ob. nachgewiesen, daß sich die Lohnhöhe fast aller gewerblichen Arbeiter in Japan von 1892—1904 fast verdoppelt haben. Auch die Arbeitszeit ist allgemein kürzer geworden. In den Jahren 1760—1860 war die Arbeitszeit eine 12—15 stündige, heute haben wir eine von 9—10 Stunden, vielfach auch 8 Stunden.

Diese Tatsachen widerlegen die sozialdem. Theorie und den „wissenschaftlichen Sozialismus“ fast bis zur Unkenntlichkeit. Kein Wunder, denn jetzt fortgeschrittenere Geister innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung rebellieren gegen die ungläubig und verständnislos ihrem Programm und ihren Lehren gegenüberstehenden. Der frühere sozialdemokratische Agitator und seit langem tätige Redakteur Kerpäuser schrieb vor Kurzem im „Korrespondenz“: „Nicht einmal die wichtige Konzentrationstheorie, aus welcher das Wesentliche der Zukunft des modernen Sozialismus geschöpft wird, ist heute, fünfzig Jahre nach ihrer Entdeckung und zehnjähriger wirtschaftlicher Entwicklung, in vollem Umfange beweisfähig.“ Auch die Bevölkerungstheorie wird von dem Genannten abgelehnt, während er von der Krisen- und Katastrophentheorie sagt, daß sie „bis heute noch klaffende Lücken hinterlassen hat.“

Die sozialistische Lehre von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung hat sich in der Hauptsache als falsch erwiesen. Das verlangt nach

**planmäßiger Produktion,**

zur Verhinderung von Krisen- und Depressionsperioden ist geblieben: es wird von fast allen Seiten geteilt. Der Durchführung stehen aber erhebliche Schwierigkeiten gegenüber.

Die Ueberseht und Einsicht in die wirtschaftliche Konjunktur ist bei der Weltwirtschaft, dem verwickeltesten aller Wirtschaftssysteme außerordentlich erschwert, zumal als zwischen Produzenten und Konsumenten die Spekulation steht, die in ihrem Interesse die Nachfrage im finstern zu halten oder sie noch mehr zu verunkeln beabsichtigt. Der Mangel an Ueberlicht und Voraussicht des Bedarfs, der Regelung des Verbrauchs, ist einer der größten Fehler des Weltwirtschaftssystems. Die Zentralwirtschaft (total) war überflüssiger und einfacher. Sie ermöglichte den Ueberblick und eine gewisse Ordnung und Ausgleich im Erwerbsebenen. Anders bei der Weltwirtschaft. Selbst Engels gibt in seinem „Stund der Philosophie“ zu, daß sobald die Warenproduktion Weltmarktdimensionen angenommen hat, ein Ausgleich schwer möglich ist.

Eine Regelung der Produktion ist unmöglich ohne Regelung der Konsumtion, des Verbrauchs. Die Bedürfnisse des Einzelnen und jene der Gesamtheit der Bevölkerung aller Länder sind aber so verschieden und eigenartig, daß von einer durchgreifenden Ordnung des Verbrauchs nicht wohl die Rede sein kann. Hat es der Mensch doch gar nicht in der Hand, das Wetter zu regeln und die Ernte zu bestimmen. Aber gerade von dem Ausfall der Ernte, von dem Ergebnis der Ueberproduktion hängt vielfach die Gestaltung der industriellen Produktion ab. Diese aber wird wiederum stark beeinflusst durch die technischen Umwälzungen. Diese auszuhalten oder zu verhindern wäre Unsinn und ein Ding der Unmöglichkeit. Wie man die Sache auch ansieht: Produktion und Konsumtion in ein richtiges Verhältnis zu bringen ist im Hinblick auf die Weltwirtschaft, in die alle Kulturvölker verflochten sind, ein schwer zu lösendes Problem.

Verzerrung der Privatbetriebe, Ueberführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, Umwandlung der Warenproduktion in eine sozialistische ist das Rezept der Sozialdemokratie. Sie gibt vor, daß durch die Ausführung dieses Rezeptes das kranke Wirtschaftswesen gesund und die Harmonie hergestellt werden könne. Wenn in einem Lande wirklich die private Produktion in eine gesellschaftliche oder staatliche umgewandelt werden könnte, so würde dadurch noch lange nicht die Konkurrenz, der Wettbewerb der übrigen kulturell so veredelten Völker abgesehen werden können. Gegen diesen Wettbewerb sich abzugeben, etwa durch unübersteigbare Schutzmauern, das könnte wohl nur ein Agrarstaat, dessen Bevölkerung in der Hauptsache sich von Landbau nährt. Ein Staat aber, dessen Bevölkerung in der Hauptsache in Industrie und Handel ihr Auskommen findet, kann das nicht. Er braucht Absatzgebiete und muß die schädlichen Nebenprodukte von auswärts ergötzen; auch die Ernährung der vorhandenen Bevölkerung muß gesichert werden, durch Ermöglichung der Zufuhr an Nahrungsmitteln.

Die im deutschen Reich vorhandenen 200000 Betriebe der Textilindustrie, mit ihrer mehr als eine Million starken Arbeiterzahl, sind bedürftig notwendig Rohmaterialien aus dem Ausland. Die deutsche Textilindustrie hat einen jährlichen Bedarf an Rohbaumwolle von 35 Millionen Doppelzentner im Werte von 350—400 Millionen Mark.

Etwa drei Viertel des Bedarfs liefern die Vereinigten Staaten von Nordamerika; der Rest kommt hauptsächlich aus Britisch-Indien und Ägypten. Die afrikanischen Kolonien des deutschen Reichs liefern noch nicht einmal für eine Million Mark Baumwolle, was kaum in Betracht kommt.

Wie die Textilindustrie, so sind auch andere Industrien auf Handelsbeziehungen mit andern Staaten angewiesen. Es findet ein fortwährender gegenseitiger Austausch von Rohprodukten und Waren statt. Jede größere Erzeugung dieses Prozesses, eine schlechte Baumwollente, die Verweigerung oder Erschwerung des Bezugs von Rohbaumwolle hat eine mehr oder minder große Krise, in diesem Falle zunächst in der Textilindustrie im Gefolge. Dasselbe tritt ein, wenn einer Gewerbebranche die Abnahme von Waren in größerem Maßstabe verweigert wird, entweder durch Maßnahmen eines fremden Staates oder in Folge Abneigung oder freiwilliger Entlassung der Bevölkerung. (Hier, Tabak etc.) Wer will den betreffenden Staat oder die Bevölkerung aber hindern, an solchen Eingriffen in die Produktion, oder an der Ablehnung des Konsums eines Verbrauchsartikels? (Fortsetzung folgt.)

**Aus dem Verbandsgebiete.**

**Das Protokoll**

über die Verhandlungen der Verbands-Generalsversammlung ist erschienen. Es enthält 1) einen kurzen Ueberblick über die Geschichte und Entwicklung unseres Verbandes, 2) kurze Angaben über die Tätigkeit und Erfolge des Verbandes auf dem Gebiete der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, 3) den Geschäftsbericht des Zentralvorstandes über die beiden vergangenen Jahre, 4) die Berichte der Bezirks- und Lokalsekretariate, 5) den stenographischen Bericht über die Verhandlungen der letzten Generalsversammlung.

Schon diese kurze Inhaltsangabe beweist die Unentbehrlichkeit des Protokolls für jedes Mitglied. Bestellungen nimmt die Zentralstelle entgegen. Die Vertrauensmänner und Vorstände sollten sich den Verkauf der Broschüre angelegen sein lassen. Der Preis ist auf 30 Pfg. gesetzt worden. Die außerordentliche Wichtigkeit der Beschlüsse der letzten Generalsversammlung machen es zur dringenden Notwendigkeit, daß jedes Mitglied über die Verbands-tagungsverhandlungen gründlich orientiert ist. Das kann am besten durch den stenographischen Bericht geschehen, der das für und Gegen der beschlossenen Neuerungen in aller Ausführlichkeit behandelt. Die Diskussion über den Geschäftsbericht des Zentralvorstandes enthält dazu noch interessante und praktische Winke für die Agitation. Der billige Preis ermöglicht es jedem Mitgliede, sich das Protokoll zu verschaffen.

**Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.**

**Schreyheim-Dillingen.**

Der Kampf in der hiesigen Bindfadenfabrik hat der sozialdemokratischen Presse Anlaß zu einer wüsten Heße auf unsern Verband gegeben. Auch „Der Textilarbeiter“, das Organ der sozialdemokratischen Konkurrenzorganisation, bringt in Nr. 47 einen längeren Artikel über die Vergleichsbedingungen, die zwischen der Firma und dem Arbeiterausschuß vereinbart waren. Daß unsere Organisation in dem Artikel nicht gut wegkommt, mer wollte sich darüber wundern. Aber dem Wären soll man das Fell nicht eher abziehen, als bis man ihn erlegt, und auch der Artikelverreiber im „Textilarbeiter“ hätte in seinem Interesse klüger getan, mit seinem Urteil über die christliche Textilarbeiterorganisation sich etwas zurückzufassen. — Der Sachverhalt ist folgender:

In den zwischen Firma und Ausschuss vereinbarten Vergleichsbedingungen war u. a. gefügt, daß die Direktion sich bereit erklärte, einen unterwegs befindlichen Transport ungarischer Arbeiterwilliger zu tätigen, wogegen sich die Organisation bereit erklären sollte, alle der Direktion hieraus bereits erwachsenen und etwa noch weiter erwachsenden Kosten einschließlich der Vermittelungs- und Unterzuchtgebühren zu übernehmen.

Paragraf 7 des Vergleichsprotokolls lautet: „Die Organisation verpflichtet sich gelegentlich der Besprechung der heutigen Verhandlung in der Presse zum Ausdruck zu bringen, daß im vorausgehenden Kampfe Uebertreibungen und Unrichtigkeiten unterlaufen sein mögen, welche von ihrer Seite mißbilligt werden und besser unterbleiben wären.“

Selbstverständlich unterlagen die vereinbarten Bedingungen der Genehmigung unseres Zentralvorstandes. Das war auch ausdrücklich im Protokoll festgelegt. Die Firma wartete aber den Beschluß unserer Zentralleitung gar nicht ab und bezichtigte uns, als die Erfüllung der Bedingungen nicht bald erfolgte, des Vertragsbruchs und veröffentlicht das Protokoll in einer süddeutschen Zeitung. Darob eine Jubelstimmung im sozialdemokratischen Blätterchor über die „schmachvolle Tat“ des christlichen Textilarbeiterverbandes. Unser Verband habe einen Kampf abgeschlossen unter Bedingungen, die einem Arbeiterverrat und Preisgabe der Organisationshebe gleichkämen. Gemach, ihr Leute! Unser Verband ist auf obigen Vergleich nicht eingegangen. Folgende Erklärung erließ der Zentralvorstand in mehreren süddeutschen Zeitungen:

„Die Direktion der Mech. Bindfadenfabrik Schreyheim hat im „Donau-Boten“ ein Protokoll über Vergleichsverhandlungen, die in Bezug auf die Verlegung der Ausperrung stattgefunden haben, veröffentlicht. Die sozialdemokratische Presse hat die Bekanntgabe dieses „Vergleichs-Protokolls“ zum Anlaß wüster Angriffe auf den Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands und seines bayerischen Bezirksleiters genommen.“

Zu der Angelegenheit ist folgendes zu bemerken: Der letzte Artikel des Protokolls lautet: „Zu vorstehendem Vergleich bleibt die Genehmigung des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft Mech. Bindfadenfabrik Schreyheim“ in Köln einerseits und des Zentralvorstandes des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands andererseits vorbehalten.“ Dieses „Vergleichs-Protokoll“ ist erst in den letzten Tagen zur Kenntnis des Zentralvorstandes genannten Verbandes gekommen. Der Zentralvorstand des christlichen Textilarbeiterverbandes hat nun in seiner Sitzung vom 17. Nov. cr. seinerseits die Genehmigung zu dem „Protokoll“ unter allen Umständen abgelehnt und verweigert. Damit fallen alle Bemerkungen der Direktion oben genannter Fabrik und ebenso die unmaßig. n. Kommentare der sozialdemokratischen Presse zu dieser Angelegenheit in sich zusammen.

**Die Pflege der Kunst und Naturschönheit in der Kleidung und Haltung der Arbeiterin.**

Von einer Kollegin für die Kolleginnen.

Kunst und Schönheit können wir alle in unser Heim hineintragen, heißt es in dem Artikel „Die Pflege der Kunst im Arbeiterheim“ in Nr. 45 der „Textilarbeiter-Zeitung“. Desgleichen soll auch die Arbeiterin von heute bemüht sein, wahre Kunst und Schönheit in ihrer Kleidung und Haltung an den Tag zu legen. — Wie sieht es damit in unserem Stande? Leider kann man von der Kleidung, besonders von dem Hutputz mancher Arbeiterin ähnlich wie von der Ausstattung in manchem Arbeiterheim von „bunt“, „geputzt“, „zujanzuzugeweihtem Zerputz“ sprechen. Daß man sich mit weit weniger Mitteln eher den Anschein geben könnte, was man vorstellen möchte, nämlich „eine Dame“ zu sein, daran denkt man nicht. — Was modern ist, ist eben modern und wird getragen, wenn man damit auch eine rein lächerliche Figur darstellt.

So mancher Arbeitgeber und auch noch andere, dem Arbeiterstande fernstehende und nicht freundschaftlich gesinnte einflussreiche Persönlichkeiten, weisen die Notwendigkeiten einer Lohnherabsetzung der Arbeiterinnen zurück, indem sie auf die „angeputzten Dämchen“ hinweisen. Gewiß wäre es verkehrt und verhängnisvoll für unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung, nachteilig für Arbeiter wie für Arbeitgeber, wenn die Arbeiterin nach die geringen Ansprüche bezüglich der Kleidung stellte wie vor 30—40 Jahren, wo man Sonntags mit der roten- oder leinwandfarbenen Kirche ging, und sobald der Kirchgang beendet war, die Sachen schon in die Truhe legte, wo man Handwäsche und Pelz als Luxus und nur den „besseren Stunden“ gehörig betrachtete. Leider gibt es heute noch manchen abgelegenen Gebirgs- und Landstrich, wo noch obiger Art gehandelt wird. Der Fabrikant allein ist es, welcher Vorzeil an dieser oft kulturwidrigen „Reifezeit“ und „Genügsamkeit“ seiner Arbeiterin hat, allerdings zum Nachteil der Fabrik und zum Schaden Tausender von Arbeiterfamilien, welche Gott sei Dank nicht mehr auf so tiefer Kulturstufe leben und gewohnt sind, höhere Ansprüche an das Leben zu stellen.

Man kann u. E. nicht genug dem Einwand entgegenreden, den man noch oft zu hören bekommt, daß, wenn der Arbeiterstand wieder so anpruchslos würde, wie er's früher war, dann wäre keine Not und man käme mit dem Verdienste gut aus. Nicht nur die, welche andere arbeiten lassen, haben Anrecht auf die Kulturheraushebung, worin auch die Kleidung einbezogen ist, sondern auch jene, die durch ihrer Hände Arbeit all die Gegenstände fertig stellen, die zur Gesundheit, Heuamlichkeit und Freude eines Kulturvolkes erforderlich sind.

Es ist nicht anpruchsvoller, sondern anpruchsvoller sollen wir werden. Aber nicht in dem Sinne, daß man immer mehr dem Modetitel und damit oft dem Unnatürlichen, dem Hässlichen verfallt, sondern sich wieder mehr dem Natürlichen, dem Sanftmütigen nähert. Heißt es von der Kunst im Arbeiterheim, „in der Etas für Einfachheit und das Naturwahre ablegende Bedingungen sind, so gilt dieses in Kleidung und Haltung der Arbeiterin erst recht.“ Das ist es, was den Richter begeistert, was er in seinen Liedern, seinen Gedichten am Meise lobt? Nicht das prächtige angegebliche Salontreiben in der Gegenwart jedes Volkes, sondern das Einfachheit, Natürlichkeit, Ungeheures weit öfter sein.

Ein berühmter Maler und Kupferstecher äußerte sich gelegentlich über die Entwürfe, die ein schlichtes Mädchen aus dem Volke auf seinem Kamin gemalt hat, polgeberrmaßen: „Und herein trat die alte Frau meines Freundes. Die Natur war ihr nicht hoch genug, von ihrer Schönheit konnte keine Rede sein, und doch — was die Natur ihr verweigerte, mußte sie durch ihren sinnigen Verstand. Dieses schlichte Mädchen, in ein einfaches Kleid gehüllt, hielt sich in unwiderstehlichem Range. Das ruhige, beherrschende Ansehen, der sanftmütige und doch ernste Blick in den Augen, der natürliche Lächeln, das fastgefühl, welches sie in ihrer Unterhaltung durchströmte, es ist jetzt nicht. Es tut mir leid, daß ich nicht bald verabschieden mag.“

Das Bild, welches der Maler hier vor unseren Augen entwarf, kann jede von uns zu dem ihrigen machen, ohne es sich dabei viel kosten zu lassen. Hierbei mehr Wohlstand und Zufriedenheit würde dies für Tausende von Arbeiterfamilien bedeuten. — Gar manche alte Eltern mögen, nachdem sie eine

Anzahl Kinder unter schweren Opfern und Entbehrungen groß gezogen haben, ihre letzten Tage im Armenhause verbringen, weil ihre Kinder dem Modetitel und der Vergnügungssucht, welche letztere sich leider nur zu oft die Hand reichen, huldigen und für ihre alten Eltern nichts übrig haben.

Nach einer traurigen Folge zeitigt die Rücksicht die unverheiratete Arbeiterin — ans Geldauslegen für unnütze Sachen gewohnt — kann diese alte Gewohnheit als Frau nicht lassen. Um ihrer Rücksicht auch fernherin stöhnen zu können, sieht sie sich gezwungen, auch als Hausfrau noch mit zu verdienen. Sie wird durch eigene Schuld zur Konkurrentin des Mannes und oft auch zur Lohnrückerin. Sie ist indirekt mit Schuld daran, daß Tausende verheiratete Frauen aus Not gezwungen sind, mit weichen Herzen hinter der Maschine zu stehen, weil der Lohn des Mannes für eine kinderreiche Familie nicht ausreicht. Diese Arbeiterinnen, die wohl Lust und Liebe (und auch Geld) für übertriebenen Ruh und für Vergnügungen, aber nicht für ernste Gewerkschaftsarbeit haben, sind i. der Regel auch ein großer Hemmnis für die gewerkschaftliche Organisation und für die Emporentwicklung des Arbeiterstandes. Nicht nur, daß sie sich selbst nicht organisieren, nein, sie legen meist auch ihren Männern die größten Schwierigkeiten in den Weg, wenn diese den Gewerkschaftsgedanken erstehen haben und befreit sind, denselben praktisch zu verwerten.

Mögen darum alle organisierten Kolleginnen das Ihrige mit dazu beitragen, daß noch und nach in unserem Stande aller unnütze, hässliche, oft viel Geld und Zeit raubende Ballast in der Kleidung verabschiedet, dafür aber etwas gebieteres, natürliches in Haltung und Kleidung an die Stelle tritt. Ist denn das Arbeiterheim nach dem Sinne des Artikelverreibers in Nr. 45 eingerichtet, so wird bei aller oft herrschenden Dürftigkeit ein gewisses Wohlbehagen vorhanden sein. In dem Maße aber, als die Arbeiterin die Arbeiterin es versteht, durch natürlichen Instanz in Kleidung und Haltung sich die Achtung anderer Stände zu erringen, in dem Maße wird uns alles auch gelingen werden.

Aus unsern Bezirken.

Elfaß.

6. Elfaß-Lothringische Landeskonferenz der freien Gewerkschaften. Diese Konferenz fand am Sonntag, den 15. Nov. in Straßburg statt. Nach dem in der sozialdemokratischen „Freien Presse“ ausgedrückt erschienenen Tätigkeitsbericht der Agitationskommission betrug die Zahl der „frei“ organisierten Arbeiter Elfaß-Lothringens im Jahre 1905 7313 und am 1. Januar 1907 11 000, während am 1. Januar 1908 im Ober- und Unter-Elfaß allein 18 852 Mitglieder vorhanden waren.

Diese Zahlen geben kein richtiges Bild über die tatsächliche Entwicklung der „freien“ Gewerkschaften im Elfaß während der letzten Jahre und stimmen auch mit den von der „Freien Presse“ gelegentlich der letzten Landeskonferenz — die am 11. November 1906 stattfand — veröffentlichten Ziffern keineswegs überein. Damals gab genannter Bericht für 1905 8806 und für November 1906 für Ober- und Unter-Elfaß allein 17 584 Mitglieder an. Nimmt man die letztere Zahl, die sich aus einer auf der vorletzten Konferenz selbst vorgenommenen Zusammenstellung ergab und nicht richtig sein dürfte, als Grundlage, so beträgt für die „freien“ Gewerkschaften im Elfaß die Mitgliederzunahme von Mitte November 1906 bis 1. Januar 1908 rund 1300. Hingegen haben dieselben vom 1. Januar bis 30. Juni 1908 rund 1800 Mitglieder verloren, denn, wie aus dem Bericht hervorgeht, betrug die Mitgliederzahl am 30. Juni 1908 nur noch 17 066.

Der Mitgliederrückgang findet seine natürliche Erklärung in der momentanen wirtschaftlichen Krise. Interessant ist noch, daß von den 17 066 Mitgliedern 16 236 = 95,13 Prozent auf die größeren Städte Mülhausen, Colmar und Straßburg entfallen.

Die Konferenz sprach zunächst den Interzessionsbescheid, der durch die kapitalistische Produktionsweise hingemordeten (!) Bergleute in Hamm ihr Beileid aus und bezeichnete als Pflicht aller Arbeitervertreter ausreichenden Arbeiterschutz und volle Konstitutionsfreiheit zu fordern. Nach einem in sozialdemokratischer Weise gehaltenen Referat über „Krisis und Gewerkschaften“ wurde in einer weiteren Resolution die staatliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit auf der Grundlage des Benter Systems empfohlen und es als Pflicht der Gemeinde- und Kommunalverbände bezeichnet, vorerst auf diesem Gebiete selbst die Initiative zu ergreifen und auch für rechtzeitige Bereitstellung von Notstandsarbeiten Sorge zu tragen. Zur Annahme gelangte weiter ein Antrag, in nächster Zeit in Elfaß-Lothringen wieder in eine Agitation zugunsten der Einführung des Reichsgewerbegerichtsgesetzes einzutreten.

Die angeregte Frage der Gründung eines in französischer Sprache erscheinenden Gewerkschaftsblattes soll der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften, sowie den einzelnen Zentralvorständen zur Prüfung überwiesen werden.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Cottbus. Ueber die gegenwärtige Krise und ihre Begleiterscheinungen für die Textilarbeiterchaft sprach in unserer letzten, gutbesuchten Mitgliederversammlung Kollege Mecher-Schiff. Kollege Schreitmüller gab einen Bericht über die Bauwesenkrise in Sommerfeld. Nach kurzer Diskussion wurde noch die Einführung von Lohnnotierungsbüchern und das Sammeln statistischen Materials aus allen Textilfabriken besprochen. Zu tatkräftiger Unterstützung bei dieser Arbeit forderte in seinem Schlusswort Kollege Mecher die Mitglieder auf.

Dagshausen a. d. W. In unserer Mitgliederversammlung vom 8. Nov. fehlten nicht nur bloß viele Mitglieder, sondern am Vorstandstische waren sogar einige Plätze unbesetzt. Wie soll man sich darüber wundern können, daß Mitglieder nicht in die Versammlungen kommen, wenn das Beispiel der Vorstande und Vertrauensleute nicht gut ist. Kollege Wittenberg sprach über die Beitrags-erhöhung. Das Resultat von Referat und Diskussion war, daß es den Mitgliedern freigestellt wurde, ab 1. Januar bereits den 40 Pfg.-Beitrag zu zahlen. Wir machen die Mitglieder auf die am 6. Dez., nachmittags 4 Uhr stattfindende Versammlung aufmerksam, in der eine Referentin und Kollege Fahrbrach sprechen werden.

Schwelge. Am 5. Nov. hielt unsere Ortsgruppe eine allgemeine Mitgliederversammlung ab. Es referierte Kollege Nölde über die Bezirkskonferenz in Fulda. Kollege Andree gab uns den Bericht über Ejenach. Er sprach noch einmal die Neuerungen des Verbandes und ging dann zu dem Berichte verschiedener Ortsgruppenvorstände über, woraus wir ersehen konnten, daß wir hier in Schwelge noch nicht am schlechtesten stehen. Dann wurden u. a. die Zahlen zu den Krankenkassenverträgen besprochen. Auch wurde beschlossen, unsere Versammlung für das Winterhalbjahr auf jeden ersten Donnerstag im Monate festzusetzen.

Forst. In einer öffentlichen Versammlung am 11. November sprach unser Zentralvorstand, Kollege Schiff. In zweifelhaftem Vortrage gelang es dem Redner, der Versammlung die hohen Kulturaufgaben der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu veranschaulichen. An der Diskussion beteiligte sich ein Hirsch-Dunderscher Gewerkschaftler, dessen Einwurfe jedoch von den übrigen Diskussionsrednern direkt zerplatzt wurden. Nach einem Schlusswort des Kollegen Schiff wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung geschlossen.

W. Gladbach. Am Sonntag, den 29. Nov. hat die Zahlreiche Hardterbroich-Fabrik bei Meiers (Hardterbroich) ihr von früher her bekanntes, imponierendes Familienfest ab, wozu alle Mitglieder mit ihren Frauen hierdurch auf das freundlichste eingeladen sind. Von dieser Stelle aus laden wir auch alle Beamten und Vorstandmitglieder ergebenst ein. Als Festredner haben wir den Kollegen Herzhoff aus Rheind. gewonnen, welcher über das Thema „Gewerkschaft und Familie“ sprechen wird.

Kohlscheid. Von großer Interessenlosigkeit zeugte unsere letzte Versammlung, war dieselbe doch so schwach besucht, daß sie vertagt werden mußte. Dieses ist um so mehr zu bedauern, weil ein auswärtiger Kollege den Bericht über unsere Verbandsgeneralversammlung erhalten sollte. Man sollte doch glauben, daß gerade die Kollegen und Kolleginnen von Kohlscheid die doch sonst mit zu den fortgeschrittenen Arbeitern zählen wollen, etwas mehr Interesse ihren Verbandangelegenheiten entgegenbringen könnten. Der Vorstand der sich mit den Vertrauensleuten die rechtliche Nähe gibt, die Versammlungen

inhaltsreich zu gestalten, wird durch solches Verhalten der Mitglieder nutzlos und in seiner Arbeitsfreudigkeit gestört. Wir werden in nächster Zeit eine neue Versammlung einberufen und erwarten dann bestimmt, daß unsere Mitglieder vollzählig zur Stelle sein werden.

Neuenkirchen. Einen schönen Familienabend veranstalteten am 15. Nov. die christlichen Gewerkschaften Neuenkirchen. Durch Musikvorträge, gemeinschaftliche Lieder und Theateraufführung wurden die zahlreichen Mitglieder und Gäste aufs beste unterhalten. In der Festrede sprach Kollege Camps (Münster) über die Ideale unserer Bewegung und über die hier schon errungenen Vorteile auf wirtschaftlichem und geistlichem Gebiete. Er suchte in einem warmen Appell an die Frauen unserer Mitglieder diese für den Verband günstig zu stimmen und machte noch besonders auf den hier geplanten Handarbeitkursus für die Kolleginnen aufmerksam. Zum Schluß regte der Referent noch eine Sammlung an für die Hinterbliebenen der bei der Grubenkatastrophe bei Hann. Verunglückten. Dieselbe brachte den schönen Betrag von 40 Mark auf. Eine Verteilung verschiedener nützlicher Broschüren schloß das wohlgelungene Fest.

Sagan. In der Versammlung vom 15. November berichtete Kollege Häufel über die Herbstkonferenz in Sommerfeld. Was uns die Krise lehrt, besprach dann Kollege Voigt in längerem Vortrage. Die erschienenen Mitglieder vom Bauhandwerker-Verband beteiligten sich mit Interesse an der Diskussion. Mit letzteren sollen öfters gemeinsame Versammlungen abgehalten werden, um hierorts die Agitation erfolgreich zu gestalten.

Schweidnitz. Ueber die Ursachen und Wirkungen der Krisis sprach unser Zentralvorstand, Kollege Schiff am 7. November in einer öffentlichen Kartellversammlung. Im zweiten Teile seines Vortrages zeigte Referent, wie die Gewerkschaften gerade in dieser Zeit gefordert werden müßten und könnten. — Jedenfalls war es kein Zeichen großen Mutens, daß zwei „Dische“ sich nicht eher zum Wort meldeten, bis Kollege Sch. angeheult war. Aber der Kartellvorsitzende Neumann leuchtete die Herrchen schon gründlich heim.

Son der Unerschlichkeit und Gehässigkeit der „Genossen“ zeugt „Der Proletarier aus dem Sulzgebirge“ vom 11. November (sozialdemokratische Tageszeitung) durch seine Berichterstattung über die Versammlung:

„Wir müssen nicht nur arbeiten, sondern auch beten,“ so orakelte am Schluß seines sonst ganz guten Vortrages der Kartellvorsitzende Schiff an Kräfte, der am Sonnabend in einer christlichen Versammlung im Waldschloßchen über das Thema: „Die gegenwärtige Krise und die christlichen Gewerkschaften“ referierte. Der Herr Abgeordnete machte doch eigentlich recht, daß durch diese Methode den Arbeitern nicht geholfen ist; auch den schlechtesten Arbeitern nicht, über deren Rückständigkeit der Referent nicht laut genug zu kagen und zu jammern mußte. Nach dem Schiffschen Rezept müßten unsere Sulzgebirgsbewohner, namentlich diejenigen jenseits der Eule längst Millionäre sein und die in den düstlichsten Verhältnissen lebende Bevölkerung der Eule, um mal einen Blick in die engere Heimat des Herrn Schiff zu werfen, müßte in Wohlhabenheit, ja im Überfluß leben. Nichts von alledem! Hier wie dort bittere Armut, größte Entbehrung. Herr Schiff möge also seine „guten Ratssprüche“ an andere Adressen richten, aber nicht an die der Arbeiter. Die Arbeiterchaft bedarf der Aufklärung; sie muß statt zum beten zum denken erzoget werden, dann wird sie auch zur Erkenntnis ihrer Klassenlage kommen. Das Letzte, was dann folgen wird, dürfte allerdings nicht nach dem Geschmack der Zentrumdemagogen sein.“

Gegen solche Berichterstattung polemisiert man nicht, die hängt man einfach niedriger. Kollege Schiff hat nicht die Leute zum beten ermahnt; dazu ist in der Gewerkschaftsversammlung nicht der Platz. Aber Ursache hätten die Arbeiter, Tag für Tag zu beten: „Herr, bewahre uns vor den Leuten des „Proletariats vom Sulzgebirge“

Aus unserer Industrie.

Die Rohstoffversorgung im Textilgewerbe.

Monat für Monat brachte das laufende Jahr eine Abnahme der Textilrohstoffversorgung, und es war nicht zu erwarten, daß der September in dieser Bewegung eine Veränderung bringen würde. Dem nach den Nachrichten über den Beschäftigungsgrad in den hauptsächlichsten Bezirken des Textilgewerbes konnte man annehmen, daß der Beschäftigungsgrad eher noch verschlechtern würde. Um so eher überrascht die Tatsache, daß der Monat September seit langer Zeit zum ersten Male wieder eine Zunahme der Rohstoffversorgung gegenüber dem Vorjahre aufzuweisen hat. Die ziemlich erhebliche Zunahme kann auf verschiedenen Ursachen beruhen, jedenfalls ist sie das Anzeichen für eine Wiederbelebung der stark geschwächten Nachfrage. Vor allem fällt die erhebliche Steigerung der Baumwollzufuhr auf, die nicht nur dem Vorjahre, sondern auch dem Vormonat gegenüber kräftig zugenommen hat: die Mehrzufuhr betrug von 147127 Doppelzentnern im August auf 173254 im September, während sie im Vorjahre 131 660 Doppelzentner betragen hatte. Daß die Versorgung auch durch die Bewegung des Baumwollpreises begünstigt wurde, ist anzunehmen. Wichtiger ist aber für die Steigerung der Versorgung der wieder zunehmende Bedarf der Verarbeitung. Beurteilt doch ein Teil der Spinner die Marktlage wieder so aussichtslos, daß sie schon mit Preis-erhöhungen für Garne vorgehen zu können glauben, wie dies durch die Bereimigung sässlicher Spinnereibetriebe Mitte Oktober geschehen ist. Auch im Wolle- und Wollwollgewerbe hat sich ein Ausmaß an Rohstoff sichlich zugenommen, während die Mehrzufuhr in den ersten acht Monaten dieses Jahres im ganzen um 12,5 Prozent hinter der entsprechenden Menge des Vorjahres zurückblieb, hat der Monat September dieses Monats auf 10,6 Prozent herabgedrückt. Es betrug nämlich die Mehrzufuhr von Rohwolle im September 63 163 Doppelzentner gegen 40327 im Vorjahre; auch der August hatte schon eine Vermehrung der Rohstoffversorgung gebracht. Die Preisbewegung für Woll zeigt dabei schon wieder etwas steigende Tendenz. Ganz unberührt von der Belebung der Nachfrage nach Rohmaterial blieb auch das Seidengewerbe nicht, wenn auch für dieses die Rohstoffversorgung noch immer schwächer ist als 1907. Aber doch verringerte sich im September das Minus gegenüber dem Vorjahre um eine Kleinigkeit. Im September 1908 stellte sich die Mehrzufuhr von Rohseide auf 4265 Doppelzentner gegen 4923 im Jahre 1907. Gestiegen ist gegenüber der Vergleichszeit 1907 die Versorgung mit Jute: während

sie im September des Vorjahres nur 35 048 Doppelzentner betrug, stellte sie sich im laufenden Jahre auf 52 530. Den Umbruch in der Tendenz der Rohstoffversorgung während des Monats September veranschaulichen wir am besten in der Weise, daß wir für Januar bis August und für Januar bis September die Bewegung der Mehrzufuhr im laufenden Jahre und im Vorjahre festzustellen suchen. Es betrug nämlich die Mehrzufuhr in Doppelzentnern:

Table with 5 columns: Rohstoff, Jan./Aug. 07, Jan./Aug. 08, Jan./Sept. 07, Jan./Sept. 08. Rows: Baumwolle, Wolle, Seide, Jute.

Die Relativzahlen ergeben unwiderleglich, daß der Monat September durchgehend eine recht beachtenswerte Zunahme der Rohstoffversorgung gebracht hat.

Gewerkschaftliches.

Aus gegnerischen Organisationen.

Wie die „Neutralität“ der S. D. Gewerkschaften aussieht, haben wir in der vorigen Nummer dieser Zeitung an einem kleinen Beispiel gezeigt. Die Politik der Gewerkschaften ist die linksliberale, und in letzter Zeit gehört sie dem Blockfreium an. In einer Zuschrift an die „Berliner Volkszeitung“ (Nr. 523) gesteht der Generalrat der Maschinenbau-Organisation, daß „Gewerkschaften in der Tat zu Tummelplätzen der Parteilebensarten“ gemacht seien. Das sieht gewiß nicht nach Neutralität aus. In einer Zuschrift an die „Westdeutsche Post“ (3. Okt. 1908) befragt sich ein Mitglied sogar darüber, daß in den Gewerkschaften nicht genug die liberale Weltanschauung propagiert würde. Das müßte doch eine Stärkung der Gewerkschaften bedeuten:

„Denn was die Arbeiter in politischen, sozialdemokratischen und Zentrumsversammlungen hören, ist in den meisten Fällen so gehalten, daß sie topisch werden. Gar mancher ist aus diesem Grunde zu den anderen Organisationen gegangen, da er dort beides fand. Dieses würde nicht eintreten, wenn auch die Gewerkschaften mehr zur liberalen Weltanschauung erzogen würden, nicht allein im Sinne ihrer Organisationsfähigkeit, sondern auch im Sinne der notwendigen politischen Ueberzeugung. Man verläßt dabei absolut nicht den Boden der Neutralität, da man nach wie vor alle Arbeiter in sich vereinigen will.“

Ein sonderbares Ding, diese Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsneutralität! Kechnlich ist ja auch die der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Freilich muß es nach den Ausführungen in der „Westd. Post“ so sein:

„Die freien Gewerkschaften stehen auf dem Boden der sozialistischen, die christlichen auf dem der christlichen Weltanschauung. Die Gewerkschaftsorganisation ist ganz richtig auf dem Boden der liberalen Weltanschauung aufgebaut. Sie muß es sein, da sie alle Arbeiter in sich vereinigen will. (Siehe Karl Goldschmidt, Weltanschauung und Arbeiterbewegung).“

Also wiederum dasselbe! Neutral kann eine Bewegung nur sein, wenn sie sich auf den Boden der liberalen Weltanschauung stellt und alle Arbeiter in sich vereinigen will. Bei einer derartigen Begriffsverwirrung braucht sich niemand über den Rückgang der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zu wundern.

Arbeiterinnen- und Sozialdemokratie.

Sonderbare Ansichten entwickelten „Genossen“ in der Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle über den gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen. In dem Artikel „Arbeiterinnen- und Sozialdemokratie“ in Nr. 46 der „Textilarbeiter-Zeitung“ wurde schon kurz darauf hingewiesen. Aber die Sache ist weit, besonders festgehalten zu werden. — Für verheiratete Frauen und für solche, die ein Hausweien zu besorgen haben, sollte nach Antrag einer „bürgerlichen“ Partei (Zentrum) die tägliche Arbeitszeit auf neun und an Vorabenden von Sonn- und Festtagen auf sechs Stunden begrenzt werden. Ueber die Zweckmäßigkeit dieses Antrages ist wohl kein Wort zu verlieren. Was aber taten die Sozialdemokraten?

Ihr Sprecher, der Hg. Rollensbuh, bekämpfte den Antrag heftig. Der verheiratete Arbeiterin würde dadurch, daß sie täglich eine Stunde weniger arbeiten dürfe, die Erwerbsemöglichkeit beschränkt; denn der Unternehmer werde dann die unbeschäftigte Arbeiterin, die nach dem Zentrumsantrag eine Stunde pro Tag länger arbeiten dürfe wie die verheiratete, bevorzugen. Letztere würde schließlich in die Heimarbeit abgedrängt. Oder aber die Arbeiterin werde nicht heiraten, vielmehr mit ihrem Ehemann im Kontinuität (wöhrer Ehe) leben, um 10 Stunden täglich arbeiten zu dürfen. Alle Einwände wurden nicht, auch nicht der Hinweis, daß Herr Rollensbuh die Arbeiterin stichlich doch sehr einleuchtig. Mit Hilfe der Sozialdemokraten fand sich eine Mehrheit in der Kommission zur Ablehnung des Zentrumsvorschlages für die verheiratete Arbeiterin. Jedoch stimmten die Genossen für den Samstag- und Sonntag- und Festtagen und verhalten dadurch diesem Teile des Zentrumsvorschlages zur Annahme.

Muß man nicht staunen über diese Konsequenzen der Sozialdemokraten? Die verheiratete Arbeiterin soll so lange arbeiten dürfen wie die unbeschäftigte, damit sie nicht weniger Arbeitsgelegenheit hat wie letztere und nicht zum Kontinuität übergeht, sagen sie, und lehnen die Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde täglich für Verheiratete ab, stimmen aber dafür, daß verheiratete Arbeiterin an den Tagen vor Sonn- und Festtagen nur sechs, die unbeschäftigte aber neun Stunden arbeiten darf. Wird durch eine kürzere Arbeitszeit die verheiratete Arbeiterin in ihrer Erwerbsemöglichkeit beschränkt und in die Heimarbeit getrieben, oder die Arbeiterin gar dadurch verleitete, in wilder Ehe zu leben, dann dürften folgerichtig die Genossen die Arbeitszeit für verheiratete und unbeschäftigte Arbeiterinnen auch an den Tagen vor Sonn- und Festtagen nicht unterschiedlich, und gar um drei Stunden, gestalten.

Noch unsäglich war die Haltung der Sozialdemokraten zu dem Antrage des Zentrums, durch die Gewerbeordnung zu verbieten, daß, wie es noch vielfach geschieht, Arbeiterinnen auf Bauten zum Tragen von Lasten usw. verwendet werden. „Genosse“ Stadihagen meinte, er könnte nicht finden, daß das Stein- und Mörtelheben von Arbeiterinnen auf Bauten „so was Schreckliches“ sei, wie es von Zentrumsseite dargestellt werde. Die Arbeiterin müsse das Recht haben, dieselbe Arbeit zu verrichten wie der Mann, wenn sie es vermöge. In der Landwirtschaft müßten die Arbeiterinnen auch Lasten tragen. Verbiete man das im Bauwesen, dann müsse man das auch hier verbieten. Von Zentrumsseite wurde Herr Stadihagen

ermindert, daß nach dem Urteile hervorragender Sachverständiger — auch der Sozialdemokratin Hilt Braun — das Stein- und Mörtelheben der Arbeiterin für deren Organismus höchst gesundheitsschädlich ist. Dann aber sei es, das die in dem Bändel des Hg. das ja zudem nicht täglich bis zu 10 Stunden gelte, doch nicht zu vergleichen mit dem fortwährenden Schleppen von Baumaterialien auf mehrere Stockwerk hoch. Wenn Herr Stadihagen ferner meine, im Gesetz selber solle man ein solches Verbot nicht aussprechen, sondern dem Bunderrat es überlassen, eine entsprechende Verordnung zu geben, so klinge das in dem Munde eines Sozialdemokraten doch recht merkwürdig. Denn immer sagten doch die Sozialdemokraten, der Bunderrat mache ja doch nichts, man müsse die Gelegenheit wahrnehmen und in das Gesetz selber eine Bestimmung hineinschreiben, wenn man etwas erreichen wolle.

Noch zwei Tage vor Beratung des Antrages bezüglich des Verbots von Lastentragen der Arbeiterinnen bei Bauten hatten dieselben Sozialdemokraten verlangt, im Gesetz selbst die Arbeitszeit der Angestellten im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe zu regeln, da auf den Bunderrat in bezug auf eine Verordnung kein Verlaß sei. Das sah denn auch wenigstens einer der drei sozialdemokratischen Gewerbeordnungs-Kommissionsmitglieder, Herr Schmidt-Berlin, ein. Herr Schmidt stimmte denn auch für den Antrag, Stadihagen dagegen, während der dritte Sozialdemokrat, Herr Rollensbuh, sich der Abstimmung enthielt. Gäbe in der Kommission nicht noch eine Anzahl anderer bürgerlicher Abgeordneter ein Einsehen gehabt, dann wäre auch dieser Antrag auf Ausdehnung des Arbeiterinenschutzes abgelehnt worden. So aber wurde er mit 13 gegen 8 Stimmen angenommen, trotz der Bedenken, die die Vertreter der verbündeten Regierungen dagegen äußerten.

An diesen Beispielen mögen die Arbeiter einmal wieder lernen, mit wie großem sozialpolitischen Verständnis und Konsequenz die Sozialdemokratie ihre angeblich allein bewährte „Sozialpolitik“ treibt!

Aus Arbeitgeberkreisen.

Ein engerer Zusammenschluß der württembergischen Industrie soll demnach in der Form eines „Industriekartells“ vollzogen werden. Es haben sich zum Weiteit jetzt schon bereit erklärt die würt. Mitglieder des Verbandes der Metallindustriellen, der Baumwollindustriellen und der Pflanzstofffabrikanten und verwandten Berufskreise. Die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses der württembergischen Industriellen wird begründet mit dem Hinweis auf die durch die würt. Verfassungsreform geschaffene Lage, wodurch der Industrie und dem Handel eine eigene Vertretung in der Ersten Kammer eingeräumt wurde, jedoch auch unter Hinweis auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben des Reiches. In ersterer Hinsicht will das Kartell die spezifisch württembergischen Verhältnisse innerhalb des deutschen Zentralverbandes zur Geltung bringen und einen maßvollen Schutz der nationalen Arbeit anstreben. Auf sozialpolitischem Gebiet will das Kartell eine ernsthafte Sozialpolitik betreiben, welche einerseits berechtigten Forderungen der Arbeiter Rechnung tragen, andererseits darauf hinwirken will, daß einer gesunden Entwicklung der Industrie das werbende Kapital erhalten bleibt und daß die sozialen Einrichtungen nicht den Händen einer unwirtschaftlichen und parteipolitischen Verwaltung überliefert werden. In der staatlichen und kommunalen Steuer- und Verwaltungspolitik will das Kartell auf eine größere Sparsamkeit im Zusammenhang mit den Handelskammern und sonstigen Organisationen hinwirken. Die Konstituierung des würt. Industriekartells soll in einer am 2. November in Stuttgart stattfindenden Versammlung erfolgen.

„Der Hohenstaufen“, ein in Göppingen erscheinendes Tageblatt, bemerkt zu dieser Gründung u. a.: „Das neue Kartell ist nichts anderes, als ein weiteres Glied des Zentralverbandes deutscher Industrieller. ... Den Anstoß zu der Kartellbildung gab am 21. Jan. d. J. eine Versammlung, in der der Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Herr Bued, das Referat übernommen hatte.“

„It schon dieser Anstoß an den Zentralverband“ gerade für die württembergische Industrie sehr bedenklich, so wird die Gründung eines weiteren Interessendenverbandes gerade das Gegenteil von dem erreichen, was angestrebt wird; nicht eine Einigung und Stärkung der industriellen Kreise Württembergs wird erreicht werden, sondern eine weitere Zersplitterung und eine durch die gegenseitige Belämpfung eintretende Schwächung des Einflusses der Industriellen. Denn schon vor dem Kartell bestand ein „Württembergischer Industrierverband“, dem Mitte August 338 Firmen mit 45 300 Arbeitern angehörten und der heute 415 Firmen mit rund 50 000 Arbeitern zählt. Statt nun in diesem Verband die eigenen Ansichten zu vertreten und sie, wenn möglich, zum Erfolg zu führen, gehen die Herren abseits und gründen ein neues „Kartell“. Damit stellen sie sich offenbar in Gegensatz zu dem schon bestehenden württembergischen Industrierverband. Und daraus muß mit Notwendigkeit eine gegenseitige Feindschaft und damit eine Lahmung der industriellen Stoffkraft resultieren und zwar nach jeder Richtung: die Regierung wird sich nun doppelt hüten müssen, auf die Intentionen des „Kartells“ einzugehen, sonst wirkt ihr der Industrierverband vor, daß sie im Schlepptau der „Spinner“ stehen, die den Kern des „Kartells“ bilden. Bei den parlamentarischen Vertretern wird daselbst Mißtrauen am Platze sein. Und nach außen werden die einander sich bekämpfenden Ansehungen und Interessengegenstände nur ein mißliebiges Nachsehen, aber keinen Respekt erzeugen.“

Wie die Tätigkeit des neuen Kartells auf dem Gebiete der Sozialpolitik aussehen wird — und nach allem zu schließen soll dieses Gebiet seiner Tätigkeit zu den ersten gehören — ist aus der Geschichte des Zentralverbandes genügend bekannt. Die „Sozialpolitik“ des Industriekartells wird durchwegs sein vom Geiste der Schachtmacherei. Besonders die christlich-nationalgeistes Arbeiter Württembergs haben angesichts dieser Vorgänge alle Veranlassung, sich in starken Verbänden zusammenzuschließen, damit die Bäume des württembergischen Industriekartells nicht in den Himmel wachsen.

Allgemein Gewerkschaftliches.

Eine Organisation der Staatsanwälte. Der langen Kette von wirtschaftlichen Berufsorganisationen soll ein neues Glied angefügt werden: eine wirtschaftliche Interessengruppe der — Staatsanwälte. Die Herren kommen bei der Reform der preussischen Beamtengehälter nicht auf ihre Rechnung, und das veranlaßt einen Vertreter der hohen Staatsanwaltschaft in den „Berliner N. N.“ einen Entwürfsentwurf auszulegen, der alle Richter innerhalb der lieben preussischen Gauen in die Arena des wirtschaftlichen Tageskampfes führen soll: „Ein Gefühl grenzenloser Erbitterung liegt in mir hoch. Ja, sind denn Richter und Staatsanwälte keine Beamten? Man läßt die doch eine Erhöhung der Beamtengehälter an und erwägt nicht davon, daß sie ausgenommen werden sollten! Sehen sie

den nicht eben unter der allgemeinen Forderung der Lebensbedürfnisse wie die anderen? Wollen und müssen sie ihre Kinder nicht ernähren und erziehen, wie andere, und ist es nicht ebenso ihre Pflicht, diesen die Möglichkeit zu geben, einmal dem Stande zugehören, dem der Vater angehört? — Gedrungen darüber anzustellen, daß das von dem jetzt geäußerten Gehalt nicht möglich ist, diese Eaten nach ihnen tragen. Davon kann man als lediger Mann oder vielleicht auch mit Familie in ganz kleinen Städten mit denkbar einfachen Verhältnissen, aber auch dann nur unter größter Einschränkung leben, anderwärts nicht. Die Folge einer Nichterhöhung der Gehälter der Richter und Staatsanwälte wird also die sein, daß dieser Stand nur ledigen oder begüterten zugänglich sein wird.

Hat so in grellen Tönen der hohe Herr das Klagelied des wirtschaftlich gedrückten Mannes gesungen, fährt er fort:

„Zeit gilt es, zu zeigen, daß sie sich nicht weiter wie geduldige Schafe hüten lassen wollen. Schlicht Euch zusammen. Ihr Richter und Staatsanwälte! Schändet Euer Amt, aber nicht, um gelehrte Fragen zu erörtern, sondern um Eure Standesinteressen zu wahren, um zu beraten, wie es möglich ist, der Regierung das abzurufen, was Ihr für Eure Frauen und Kinder braucht, was Ihr haben müßt. Von selbst tut sie nichts für Euch, zeigt, daß Ihr auch fordern könnt. Nicht ein Gnadenbittenschein ist es, was Ihr verlangt, sondern Euer gutes Recht, das Euch werden muß.“

Barum auf zum Kampf! Das Höchstgehalt der Staatsanwälte ist vor nicht langer Zeit von 6600 Mark auf 7200 Mark erhöht worden. Ob damit wirklich ein eingeschränktes Dasein gesichert werden muß, wollen wir nicht unteruchen. Dem Richterstande ist ein seiner Stellung entsprechendes Gehalt wohl zu gönnen. — Die Textilarbeiter verdienen im Jahre gut so viel hundert Mark, als die Richter und Staatsanwälte tausend verdienen. Wie müssen erst die nur unter den denkbar einfachsten Verhältnissen und unter größter Einschränkung leben können. Und auch die müssen ihre Kinder ordentlich ernähren und erziehen. Wenn aber die Arbeiter einen den Lebensanforderungen und den Verhältnissen entsprechenden Lohn fordern, dann finden sie dafür nicht zuletzt im Kreise unserer Richter sehr mangelhaftes Verständnis. So manche Gerichtsurteile legen Zeugnis ab von dem sozialen Verständnis oder besser der Verständnislosigkeit unseres Richterstandes. Wenn die Arbeiter Löhne anfechten wie sie der Staatsanwalt in seinem Urteil erfinden läßt, dann wäre dieses als „böswillige Uebertreibung“, „unberechtigte Unzufriedenheit“, „Ausdruck der Verachtung“ und noch als vieles andere bezeichnet worden. Aber wenn die Richter sich zusammenschließen, um sich nicht länger als „gebildete Schafe scheeren“ zu lassen, dann — ja Bauer —!

Was soll man dazu sagen? In einer Zeit, da in Berlin viele Tausende nicht wissen, wo sie Arbeit finden können, verendet, wie man der „V. B.“ mitteilt, das Berliner Gefängnis I, Strafgewängnis Köpenick, folgendes Angebot an Berliner Firmen: „Wir gestatten uns, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß in der hiesigen Anstalt eine Anzahl Arbeitskräfte verfügbar ist, die zu einem Tagelohnsatz von 60 Pfennig bis 1 Mark abgegeben werden; Stundlohnarbeiten werden unter entsprechender Berechnung der Tagelohnsätze ausgeführt.“ Sollten Sie von unserem Anerbieten Gebrauch machen können, so bitten wir Sie, sich in der Zeit von 9 bis 12 Uhr werktäglich bei der Inspektion des I. Gefängnisses zu melden.

Bei Staatsarbeiten, wie dem Neubau der Bahn Rixdorf — Adlershof usw., engagiert der Staat direkt oder indirekt polnische und andere ausländische Arbeiterinnen, und jetzt, bei der allgemeinen schlechten Lage, wird den Fabrikarbeitern noch solche Konkurrenz gemacht! Was soll man dazu sagen?

Streikvereine. Wenn auch die Ansicht in das Wejen und die allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen in den letzten Jahren in merkbarer Weise zugenommen hat, so sind doch Fälle keine Seltenheit, in welchen noch immer die Gewerkschaften lediglich als „Streikvereine“ gewertet und demgemäß behandelt werden. Die berüchtigt eine derartige Beurteilung der Gewerkschaften ist, lehrt mit aller Deutlichkeit der Passus in dem neuesten Jahresbericht des Gewerkschaftsbeamten für Bremen, der über die Streiks und Ausperrungen berichtet. Nachdem dieser Beamte festgestellt hat, daß Arbeitgeber und Arbeiter mit- und mehr bemüht seien, die gegenseitigen Rechte zu achten und nicht mehr unbedeutende Ursachen zu folgenreichen Kämpfen auszuwachen zu lassen, schreibt er:

Ein nicht geringes Verdienst an der Besserung dieser Verhältnisse gehört ohne Frage den Organisationsarbeitern der Arbeitgeber sowohl als auch denen der Arbeiter, deren Bemühen nicht nur eine sachlichere Führung der Verhandlungen bei einmal ausgebrochenem Kampf gewährleistet, sondern die auch mit Hilfe ihrer Autorität, Kenntnis der Arbeits- und Handelsverhältnisse unbedingte Schritte und ausgiebige Anstrengungen ihrer Mitglieder zu verhindern und unbedeutende Ansprüche abzulehnen imstande waren. Daß dies im Verlaufe der Jahre durch die Arbeiterverbände geschehen, sei besonders hervorzuheben. Die nicht selten gebräuchliche Bezeichnung „Streikvereine“ für die Organisationen der Arbeiter entbehrt in der allgemeinen Gebrauchsanweisung allen Umständen der Berechtigung und kann nur dort einen Widerspruch haben, wo für wirklich berechtigter materielle, soziale oder politische Forderungen der Arbeiterklasse kein Verstandnis vorhanden ist oder wo man nicht begreift, daß die Berufsverbände für die Arbeiter in vielen Fällen die einzige Möglichkeit bieten, ihre wirtschaftliche oder soziale Lage zu verbessern. Die Tatsache, daß diese die Besserung der Lebensbedingungen unbedingt anstreben (hier besonders höhere Löhne usw.) erzeuge nur, indem durch unbedeutende Forderungen der Arbeiterklasse eine unangenehme Bekämpfung.

Solche objektiven Worte von anerkannter Seite können für eine richtige Beurteilung der Gewerkschaften in der Verantwortlichkeit nur nützlich sein, wie sie andererseits die Möglichkeit und Nützlichkeit der Stellung jener Streik bezeichnen, die mit Schlagworten wie „Streikvereine“ die unabweislichen Organisationsentscheidungen des wirtschaftlichen Lebens abzu zu trennen!

Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.

Ein Kongreß der christlichen Gewerkschaften Desterreichs. Die im September 1907 abgehaltene Konferenz der christlichen Gewerkschaften Desterreichs hat der Gewerkschaftsbewegung den Impuls gegeben, den ersten Gewerkschaftskongreß nach 1905

einzuuberufen. Wichtige Arbeiten, die für die Gesamtorganisation von größter Bedeutung waren, haben diese Einberufung einigermaßen verzögert. Nunmehr ist jedoch die Konvention in der Lage, den ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften Desterreichs für den 1. bis 3. Januar 1909 nach Wien einzuberufen. Trotz der Ungunst der Verhältnisse sind die christlichen Gewerkschaften in Desterreich von Erfolg zu Erfolg geschritten. Weder die Mißgunst der Behörden noch die Rücksichtslosigkeit des organisierten Unternehmertums konnten dies verhindern; ebenso wenig wie die Bekämpfung von seiten der „freien“ Gewerkschaften der jungen Bewegung schaden konnte. Nunmehr gilt es, die Fülle in feste Formen zu bringen. Insbesondere muß der Vermeidung jeglicher Zersplitterung, der Vereinheitlichung von Agitation und Taktik und dem Ausbau der inneren Tätigkeit eine außerordentliche Sorgfalt zugebracht werden. Dann soll die gesamte Bewegung durch ein festes Band umschlungen werden und schließlich sollen die christlichen Gewerkschaften ihre eigene Oberleitung erhalten.

Gewerbliche Schiedsgerichte in England. Der englische Handelsminister Churchill beabsichtigt, ein permanentes Schiedsgericht einzufügen, das industrielle Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeiter beilegen soll. Schon im Jahre 1906 ist ein gewerbliches Schiedsgericht für London gegründet worden, das unter der Aufsicht der Londoner Handelskammer steht. Dieses Schiedsgericht ist in der Weise zusammengesetzt, daß Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher numerischer Stärke vertreten sind. Das Schiedsgericht der Londoner Handelskammer hat im ganzen erfolgreich gewirkt; seit dem Jahre 1905 hatte es sich mit 120 Fällen zu befassen und hat die Streitigkeiten in 97 Fällen geschlichtet. Minister Churchill beabsichtigt dieses Schiedsgericht weiter auszubauen, seine Vollmachten zu erweitern und seinen Wirkungsbereich zu vergrößern. Das neue Schiedsgericht soll aus Arbeitgebern, Arbeitern und einer unparteiischen Persönlichkeit bestehen; dergestalt, daß es sich entweder aus drei oder fünf Personen zusammensetzen. Das Handelsamt soll eine Liste von Namen zusammenstellen, die für den Posten des Unparteiischen in Betracht kommen, so daß dessen Wahl keine Schwierigkeiten bietet.

Allgemeine Rundschau.

Soziale Rechtsprechung.

Flugblattverteilen ohne polizeiliche Erlaubnis. Am 10. März morgens hatte der Arbeiter E. im Auftrage der Ortsverwaltung Wien des christlichen Metallarbeiterverbandes gegen Entgelt Flugblätter mit der Einladung zu einer Versammlung auf der Straße verteilt. Er wurde von zwei Polizeibeamten festgenommen und erhielt dann eine Strafbefugung von sechs Mark. Wegen dieser Befugung beantragte E. gerichtliche Entscheidung. Es wurde vor dem Schöffengericht angebracht, daß die Verteilung der Flugblätter gegen Entgelt von 50 Pf. erfolgt sei. Daher handelte es sich nicht um eine unentgeltliche Verteilung im Sinne des preussischen Pressgesetzes vom 12. Mai 1851, sondern um eine gegen Entgelt vorgenommene Handlung, die nach dem Reichspressgesetz vom 7. Mai 1874, § 30, Abs. 2, ohne besondere Erlaubnis der Polizeibehörde vorgenommen werden dürfe. Das Schöffengericht kam aber dennoch zu einer Verurteilung.

Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt mit dem Erfolg, daß der Angeklagte vor der 5. Strafkammer des Landgerichts Wien freigesprochen wurde. Die Begründung des Freispruchs führt folgendes an: Die Verteilung der Zettel mit dem Inhalt des Flugblattes, während der Angeklagte für keine Tätigkeit von der Ortsverwaltung Wien des christlichen Metallarbeiterverbandes „tägliches Gehalt“ erhielt und zwar sollte der Betrag, wie aus Grund des obigen Zeugnis des Gewerkschaftsleiters E. zu ersehen ist, eine wertvolle Gegenleistung für das Verteilen der Zettel darstellen. Die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde hatte der Angeklagte nicht.

Nach diesen Feststellungen konnte der Angeklagte aus dem Gesichtspunkte des § 10 des preussischen Pressgesetzes vom 12. Mai 1851, der durch den § 30 II des Reichspressgesetzes vom 7. Mai 1874 nur insoweit ausnahmsweise erlassen ist, als es sich um eine unentgeltliche Verteilung von Flugblättern handelt, nicht bestraft werden. Denn als unentgeltliche Verteilung im Sinne dieser Vorschrift ist nach feststehender Rechtsprechung (vergl. Johann May, Abt. 17 S. 63) eine solche zu verstehen, für die der Verteiler keinen Lohn erhält. Im vorliegenden Falle hat aber der Angeklagte für seine Tätigkeit eine Gegenleistung von fünfzig Pfennig erhalten. Einvernehmlich liegt ein Verstoß gegen § 43 A. S. O. vor, da keine Anzahlpunkte dafür hervorzuheben sind, daß der Angeklagte, wie § 43 A. S. O. erfordert, gewerkschaftlich gebunden hätte.

Demnach war unter Anwendung des angeführten Urteils ein Freispruch des Angeklagten zu erkennen. — Die Kostenentscheidung beruht auf § 429 Str. R. O.

Der Staatsanwalt hatte gegen das freisprechende Urteil Revision beim Reichsgericht angemeldet, die aber jetzt zurückgezogen wurde.

Hierdurch wurde endgültig entschieden, daß keine Bestrafung wegen nicht angelegter Erlaubnis zur Verteilung von Flugblättern (Flugblätter) erfolgen kann, wenn die Verteilung nicht unentgeltlich und nicht erwerbsmäßig vorgenommen wird.

Den Kollegen empfehlen wir überdies, dementsprechend zu handeln und eine etwa erforderliche Beipflichtung durch richterliche Entscheidung erledigen zu lassen.

Allgemeines.

Besserung des preussischen Einkommensteuergesetzes. Der von der Staatsregierung dem Abgeordnetenhaus überreichte Gesetzesentwurf, bezieht sich auf die Abänderung des Einkommensteuergesetzes und des Ergänzungsgesetzes, enthält eine kleine Verbesserung hinsichtlich der Besteuerung der kleinen Einkommen dahin, daß Steuerpflichtige, deren Einkommen den Betrag von 300 Mk nicht übersteigt, die in § 17 vorgezeichneten Steuerätze ermäßigt werden, um eine Stufe bei 2, um zwei Stufen bei 3 und 4 und drei Stufen bei 5 od. mehr Einkommen.

Diese Bestimmungen erstehen gegen eine denkwürdige Entscheidung des Reichsgerichtes, die einen uns aber doch nicht weit genug zu gehen. Je größer die Zahl der Kinder namentlich in den Familien der Arbeiter ist — und da haben wir nicht selten 8 bis 10 Kinder — desto schwerer fällt es dem Familienvater, auch nur die Kosten der notwendigen Lebensunterhaltung zu bestreiten. Daher erscheint uns als höchst notwendig, eine Bestimmung nach in das Ge-

ein zufügen dahingehend, daß bei 7 und mehr Kindern, abgesehen von der vorgenannten Ermäßigung um mehrere Stufen, für jedes Kind die Steuerlast noch um eine weitere Stufe ermäßigt werden.

Eine eindringliche Mahnung richtet die „Pölnische Volkszeitung“ an ihre Leser. Nachdem eingangs auf die wirtschaftliche Krise hingewiesen wird, die durch den nahen Winter unzweifelhaft verschlimmert würde, heißt es:

Jeder einzelne, der dazu imstande ist, muß jetzt helfen. Arbeitslosigkeit zu schaffen. Wohlstand ist ja schön, sehr schön und muß jederzeit geübt werden; aber noch sind unsere, in wirtschaftliche Not geratenen Mitbürger gottlob nicht so arm, daß sie Wohlstand beanspruchen müßten; nicht Almosen verlangen sie, sondern Arbeit. Geben wir ihnen diese, so bewahren wir sie davon, später an unsere Wohlthätigkeit sich wenden zu müssen.

Sparen ist ja sehr schön und gut, auch notwendig. Ein sparsamer Volk wird groß und größer. Dem Sparen verdanken wir den Wohlstand. Ganz gewiß! Aber nicht immer ist bei jedem das Sparen am Platze. Für den Reichen kann vorübergehend eine Zeit kommen, wo das Sparen, wenigstens das im gewohnten Maße, für die Gesamtheit verheerlich wirkt. Das Sparen wirkt eben nur dann günstig, wenn es mit neuen Unternehmungen Hand in Hand geht, wenn Häuser, Fabriken, Eisenbahnen usw. neu entstehen, wenn mit einem Worte die große Masse des Volkes Arbeit hat. Kommen aber die erparten Summen nicht in irgend einer Form wieder unter die Leute, so entsteht Stagnation im Geschäft, im gesamten Gewerbetreiben — die Arbeitslosigkeit ist da und nimmt mehr und mehr zu, je mehr sich die Summen bei den Banken, an der Börse, in den Sparkassen usw. anhäufen.

Wer also in der glücklichen Lage ist, zu sparen, dämme seinen Spartensack jetzt für kurze Zeit ein. Er lege, wenn er wenig zu sparen hat, nur drei Viertel oder zwei Drittel davon „auf die hohe Kante“ und gebe das letzte Viertel, bezw. Drittel aus; der viel zurücklegen kann, freiere seine Ausgaben um die Hälfte, um zwei Drittel der zu machenden Ersparnisse und lege nur die andere Hälfte bezw. ein Drittel zurück. Wenn sich die Ungunst der gegenwärtigen Lage wieder verzieht, was hoffentlich schon die nächste Baumblüte mit sich bringen wird, dann mag der Spartensack nach und nach wieder zu voller Befriedigung gelangen.

Vor allem aber sollen wir alle — in welchen Verhältnissen wir uns auch befinden mögen, alles daran setzen, um unsere fälligen Verbindlichkeiten zu erfüllen. Wir sollten alle eine Ehrenpflicht darin erblicken, unsere Pflichten zu befriedigen, unsere Rechnungen zu bezahlen und, wenigstens für den kommenden Winter, alle unsere Bedürfnisse bar bezahlen. Können alle unsere Mitbürger dieser Mahnung nach, so würden binnen wenigen Tagen Hunderte von Millionen unter die Leute kommen, und mit einem Schläge würde sich die Lage zahlreicher Kaufleute, Handwerker, Arbeiter usw. ganz erheblich bessern. In solcher Besserung nach Kräften beizutragen ist unser aller Pflicht; als Staatsbürger, als Menschen, als Christen müssen wir das tun, aber auch im eigenen Interesse, das ebenfalls hart in Mitleidenschaft gezogen werden muß, wenn die große Masse des arbeitenden und erwerbenden Volkes noch tiefer in Not und Elend geraten wird.

Alles unsere Mahnung Erfolg haben, und zwar unverzüglich! Man warte nicht, bis es für Tausende zu spät ist, bis Tausende von Christen vernichtet, Hunderttausende neu in Not und Elend geraten sind.

Versammlungskalender.

- Sarwerden. 28. Nov., 8 1/2 Uhr, im „Höfnerhof“, Höfnerstr. 23, außerordentliche Generalversammlung.
Surgawalden. 29. Nov., 11 Uhr, bei Stammheim, Generalversammlung.
Söckoll. 29. Nov., 10 1/2 Uhr, Abrechnung der Vertrauensmänner.
Krefeld. Jeden Sonntag 11 1/2—1 Uhr, im Lokale der Reichshalle (kleines Zimmer unten), Bücherausgabe aus der Kartellbibliothek.
Süden. 29. Nov., 10 1/2 Uhr, bei Klünderberg, Generalversammlung.
Dahlforsen a. d. Supper. 6. Dez., 4 Uhr Mitgliederversammlung, um 4 1/2 Uhr öffentliche Versammlung, beide im Lokale des Herrn Gustav Meyer.
Emsdetten. 28. Nov., 5 1/2 Uhr, Vertrauensmännerversammlung.
Eberfeld. 29. Nov., 5 Uhr, Generalversammlung, gemischtes Beisammensein mit Frauen, bei Herlenrath Klöbchen.
Erdkrichen. 8. Dez., 11 Uhr, bei Bibe Peter Misch, Generalversammlung.
Synnatten. 6. Dez., 5 1/2 Uhr, bei Andre Sequey.
Tord (Laußig). 5. Dez., 8 Uhr, im Prälaten Gerberstr., Generalversammlung.
M.-Gladbach-Giers. 29. Nov., 6 1/2 Uhr, bei Oswald Schärer, Kapellstr.
M.-Gladbach-Lürrup. 28. Nov., 8 1/2 Uhr, bei Peter Häfner, Generalversammlung.
Grefrath. 29. Nov., 5 1/2 Uhr, bei Albert Reimers.
Greiz. Jeden Donnerstag 1/2 Uhr, im Lokale Grimms, Zimmer 2 und 3 Unterrichtslokal.
Greiz. 6. Dez., 1/2 Uhr, im Feisentaler (Kupferlokal), Generalversammlung.
Herzogs-Dahl. 28. Nov., 1/2 Uhr, bei Wils. Gottschalk.
Landsberg. 1. Dez., 8 Uhr, im Schützenkamp.
Neuwerk. 6. Dez., 6 Uhr, bei Peter Spinnenkamp (Damm), Generalversammlung.
Kenselroden. 29. Nov., 11 1/2 Uhr, bei Emil Börling, Vorstands-Vertrauensmänner-Ausschuß.
Schweidnitz. 6. Dez., 9 1/2 Uhr, im Bahnhofslokal.
Stadtilsa. 2. Dez., 1/2 Uhr, im Lokale des Arb.-Bereins.
Stöckheim. 8. Dez., 4 1/2 Uhr, im Waisenhof Mainz.
Ulkersdorf a. d. Biele. 29. Nov., 6 Uhr, bei Carlweit 1/2. Öffentliche Versammlung.
Sieritz. Bezirk Dorf Rahlitz. 29. Nov., 6 Uhr, bei Anton Böhm, Rahlitz.
Wanka. 29. Nov., 5 Uhr, bei W. Cettels.
Werdau (Ahr). 28. Nov., 8 Uhr, bei Wils. Raas (Hofstr.).

Bilanzen

des Konigs-Bereins „Glocke auf“, z. B. m. S. G. in Weitraith vom 1. September 1907 bis 31. August 1908. Aktiva Passiva

Table with 2 columns: Aktiva and Passiva. Aktiva items include: Reiner-Konto (545,65), Spezial-Konto (702,26), Reserve-Konto (559,83), Januar aus 1074, Abrechnung (20,85), Fortsetzung (220,00), Summa (1558,59). Passiva items include: Reiner-Konto (2255,55), Geschäftsbank (4475,44), Kauflohn (142,99), Dispositionsfonds (549,72), Barausgaben (4644,80), Kasse (4982,99), Summa (18351,45).

Mitgliederbewegung: Bestand am 1. September 1907 198 Mitgl. Am 31. Aug. 1908 angelegten d. Kündigung 8 durch Tod 2 d. Ausschuß 6 Bis 31. Aug. ansgewonnen als neue Mitgl. 31

Der Vorstand: Jakob Schütz, Jakob Schütz, Wilhelm Jansen. Der Kassier: J. A. Johann Baxer. (6,30 Mk.)

Windberg. Die Generalversammlung des Gewerkschafts-Konsumvereins „Zur Hilfe“ findet Samstag, den 6. Dezember bei Wilhelm Baum, Lindenstraße 11, abends 9 Uhr. Tages-Ordnung: 1) Geschäftsbericht, 2) Genehmigung der neuen Statuten; 3) Wichtige Mitteilungen. Um vollständiges Erscheinen bittet dringend Der Ausschussrat. (1,60 Mk.) S. A.: Leonhard Figen, Vorstandsber.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder;

- Heinr. Fisser in Bocholt.
Heinr. Hagedorn in Bocholt.
Karl Wiederhold in Dingseldt.
Jos. Jansen in Aachen.
Theodor Pesch in Süchteln.
Clemens Bruch in Emsdetten.
Wendelin Jochum in Lechhausen.
Michael Banzhof in Heidenheim.
H. Beesor in Bockum b. Crefeld.
Th. Moll in Eynatten.
Heh. Poppen in St. Tönis.
Karolina Rubes in Bremen.
Maria Katsch in Schweidnitz.
Theodor Wolters in Emsdetten.
Hermann Tewis in Bocholt.
Fabian Stephan in M.Gladbach.
Joh. Baumgarten in Aachen.
Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Wissen heißt die Welt verstehen; Wissen leitet verächtlicher Reizen und der Stunde, die da flattert, Wunderliche Zeiten deutet. Und da sich die neuen Tage aus dem Schutt der alten bauen, kann ein ungerichtetes Auge Märsches blühend, vorwärts schauen.

Die „freien“ und die Christl. Dankschreiben Gewerkschaften nebst einer Darstellung der sozialökonomischen Ursachen und Ziele der Gewerkschaftsbewegung. Arbeiterbibliothek 1. Heft.

Die christlichen Gewerkschaften. Arbeiterbibliothek 2. Heft. Diese beiden Schriften, die je 40 Pfg. kosten, behandeln Ursachen, Geschichte, Charakter und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland so knapp, fernig und umfassend, wie dies in keinen anderen Schriften in der deutschen Gewerkschaftsliteratur in ähnlicher Preislage bisher gesehen ist. Insbesondere sind aus beiden Schriften mit großer Klarheit die Gründe ersichtlich, die zur Errichtung christlicher Gewerkschaften geführt haben. In Gegnern und selbst in Freundeskreisen der christlichen Gewerkschaften herrschen über diese noch so viel schiefe Ansichten, daß im Interesse der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein Massenabzug dieser beiden Schriften unbedingt vonnöten ist. Jeder Vertrauensmann und jedes strebende Mitglied der christlichen Gewerkschaften muß, um allen Einwänden in der Agitation gewachsen zu sein, sich diese Schriften beschaffen und sie mit Aufmerksamkeit und Aufmerksamkeit lesen. Nur dann erfüllt sich der Zweck ihrer Herausgabe für unsere Bewegung. Auch unter die der christlichen Gewerkschaftsbewegung freundlich, vorurteilsvoll, zaghaft und selbst feindselig gegenüberstehenden Kreise müssen diese Schriften, insbesondere Heft 2, zu bringen versucht werden. Organisiere man allüberall einen systematischen Vertrieb. — Während diese beiden Schriften mehr über die Grundfrage und die äußere Entwicklung der Gewerkschaften orientieren, stellt das

Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1908 — also das für das Vorjahr herausgegebene — die innere Geschichte der christlichen Gewerkschaften insgesamt und der einzelnen, dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände im besonderen dar, sowie deren Kämpfe um ihren Platz in der deutschen Arbeiterbewegung. Auch diese Schrift orientiert über alles knapp, ohne jegliches Behaupten und ist bisher die einzige auf dem bezeichneten Gebiet erschienene. Sie wird fest gebunden an die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften — durch deren Vertrauensleute bezogen — um 75 Pfg. verabfolgt. — Endlich ist wichtig zur Orientierung über die allgemeine christlich-nationale Arbeiterbewegung der

Bericht über die Verhandlungen des zweiten deutschen Arbeiterkongresses. Abgehalten vom 20. bis 22. Oktober 1907 in Berlin. In dieser Schrift ist außerordentlich wertvolles Material in vier wichtigen Vorträgen niedergelegt über die allgemeine sozialpolitische Lage, wobei die Zusammenhänge und die Bedeutung der gesellschaftlichen Sozialreform wirkungsvoll dargelegt sind, die Sonntagstruhe, Arbeiterchutz in der schweren Industrie und gewerbliche Arbeiterinnenfrage und Arbeiterinnenorganisation. Das in den Vorträgen gebotene Material bildet für Redner und Gewerkschaftsfunktionäre Anhaltspunkte in großer Zahl für Versammlungen und die Agitation. Die 240 Seiten umfassende Schrift wird zu 50 Pfg. an die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften abgegeben.

Es ergibt hierdurch an die Orts-Kartelle, Ortsgruppenvorstände, Beamten und sonstige Funktionäre der christlichen Gewerkschaften das dringende Ersuchen, sowohl den kommenden Winter wie die gegenwärtige Krisenzeit eifrig auszunutzen für die Verteilung und Ausbreitung der christlichen Gewerkschaftsidee, wozu insbesondere der systematische Vertrieb der aufgeführten Schriften wertvolle Dienste leisten wird.

Unsere Vorstände und Mitglieder sollten sich den systematischen Vertrieb der Broschüren angelegen sein lassen. Gerade die jetzige Zeit ist geeignet, die Mitgliedschaft tiefer in die Gewerkschaftsidee einzuführen. Die in der Außenagitation tätigen Kollegen (Beamte usw.) sollten wenn möglich immer mehrere Exemplare obiger Broschüre bei sich haben, um sie in den Versammlungen den Mitgliedern zum Kauf anzubieten. Mehr Verteilung in unsere Bewegung tut not.

Mitglieder, agitiert für den Verband!